

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

EIN JAHR REPUBLIK



E. K. Mesch

Zum Jahrestag der Revolution.

Tannenzweigen der kommenden Revolution waren schon in den letzten Kriegsjahren emporgesodert. Trotz aller Zensurmaßnahmen und Bedrückungen stieg seit dem „Hindenburgprogramm“ von 1917 der Unwille über die entsetzliche Ausplünderung der deutschen Volkswirtschaft, unter der wir noch heute so unfähig leiden. Schlimmer noch waren die wahnwitzigen Blutopfer, die von der Ludendorff-Sippe rücksichtslos für ihre Hasardpolitik eingesetzt wurden. Die Witwen und Waisen von nahezu zwei Millionen Toten sind die dauernden Ankläger dieses ruchlosen Systems, das nun zermorcht und zerbrochen vor uns liegt. Der 9. November aber ruft Erinnerungen wach an die Zeit, da in wenig Stunden die 22 Dynastien Deutschlands purzelten, da eine fast ganz unblutige Revolution rasch aufräumte mit den entsetzlichen Bedrückungsmaßnahmen des alten kaiserlich-deutschen Regiments.

Aber ist es nicht ein Traum? Leben wir nicht seit Jahresfrist noch fast ganz so zwischen Hoffen und Entsetzen wie all die Zeit des Krieges? Hat nicht der Kampf ums Dasein noch immer so unerträgliche Formen, wie wir es vor diesem Kriege überhaupt nicht für möglich hielten? Jawohl! Auch heute noch, nach Jahresfrist, leben wir in einer Revolutionszeit, und es ist niemand, der mit absoluter Sicherheit sagen könnte, wann wieder Befriedung in den sieben Völkern kommt und damit eine größere Beruhigung.

Die Revolution des 9. November — als Folge- und Begleiterscheinung unserer militärischen Niederlage — hat nur auf Augenblicke die starke soziale Bedrückung mindern können, die das deutsche 70-Millionenvolk seit all den Kriegsjahren empfand. Wohl schwammen an tausend Stellen und in tausend Orten die Revolutionswogen unendlich viel Gerinipel der kaiserlich-preussischen Zeit an den Strand, aber die eigentliche wirtschaftliche Befreiung vermochte uns die politische Revolution nicht zu bringen. Vielleicht wäre bei völliger Einheit der deutschen Arbeiterklasse erheblich mehr gewonnen worden.

Wir sind ein unterliegendes Volk und haben Stunde für Stunde die Folgen dieser Niederlage zu tragen! Das will heute noch nicht recht in die Köpfe der deutschen Arbeiterschaft hinein! Man will — psychologisch mit Recht — nichts mehr hören vom Krieg oder seinen wirtschaftlichen Folgen. Und es ist ja auch ein recht magerer Trost, wenn man weiß, woraus sich unsere wirtschaftliche Notlage herleitet und — doch keine Abhilfe schaffen kann!

Indessen zwei Dinge hat uns der November-Revolutionsturm gebracht, die in ihrem Gefolge auch unsere wirtschaftliche Befreiung ermöglichen:

Das uneingeschränkte Koalitionsrecht!
Den Achtstundentag!

Durch das unbedingte Vereinigungsrecht konnten wir unsere wirtschaftlichen Organisationen — die Gewerkschaften — zu ungeahnter Größe entwickeln. Ihr Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hat sich entsprechend ihrer Zahl vervielfacht!

Wenn er trotzdem nicht ausreicht, um uns endlich zu menschenwürdigen Verhältnissen in Bezug auf Ernährung, Bekleidung, Wohnung usw. zu führen, so darf uns das nicht so sehr in Grübeln setzen. Wohl ist eine gewisse Enttäuschung berechtigt, aber sie darf nicht zur dauernden Entmutigung werden, weil sonst der Umschlag in der Stimmung — die Reaktion! — eintritt.

Schlimmer noch als die stets im Hintergrund lauende politische Reaktion der einstigen Regierungskreise

ist die drohende geistige Reaktion der Massen, die bei zu lange andauernden und zu stark auftretenden Enttäuschungen leicht wieder ins alte Fahrwasser der Gleichgültigkeit und Rückständigkeit zurückfällt. Wodann würden auch die politischen Errungenschaften schwer gefährdet und so mancher müßte zu spät erkennen lernen, daß durch Ueberbannung des Bogens die Sehne zerreißt und der Pfeil sich rückwärts wendet.

Wir wollen die Errungenschaften der deutschen Revolution festigen und ausbauen. Dazu gibt es nur einen Weg: Ueber alles Trennende hinweg muß der Wille zur Wiedervereinigung der deutschen Arbeiterklasse so sehr erstarren, daß ihm niemand widerstehen kann!

Wohl wissen wir, daß dadurch die wirtschaftlichen Nöte nicht mit einem Schläge beendet werden können, aber wir kommen aus der dumpfen Unsicherheit heraus, die uns überhaupt keinen Weg ins Freie offen läßt. Wir können mit vereinten Kräften gegen das Tor anhämmern, das uns verschlossen ist; wir können wieder im Völkerkonzern mitwirtschaften und mitarbeiten, während man jetzt dieses Tor geschlossen hält.

Die Erfahrung der letzten Monate lehrt uns, daß dem Kapitalismus nur beizukommen ist durch systematische Tatkraft und Kleinarbeit. Unsere Organisationen sind groß und stark, aber sie sind wie junge Riesen, die ihre Kräfte oftmals noch an der falschen Stelle ausprobieren und dadurch nicht den sichtbaren Erfolg erzielen.

Der 9. November hat uns den Achtstundentag, ein freies Wahlrecht und manches andere gebracht, das niedrig einzuflößen oder gleichgültig hinzunehmen der gewerkschaftlich geduckte Arbeiter wahrlich keine Veranlassung hat. Aber wir müssen weiter vorwärts kommen!

Seht das zierliche Pflümchen auf unserer Titelseite! Wenn es von uns nicht abgeht und gepflegt wird, kann es nicht gedeihen und bringt weder Wärme noch Frucht. Wenn wir aber die Revolution nicht als ein äußerliches Geschehen ansehen, sondern uns selbst innerlich revolutionieren, uns selbst sozialistisch-brüderlich zusammenschließen und in jedem Einzelfall alle Hindernisse unseres wirtschaftlichen Aufstiegs aus dem Wege räumen, so wächst das Pflümchen und bringt eines Tages endlich die ersehnten Früchte.

Nicht nur die deutsche Arbeiterschaft, die Arbeiterschaft der ganzen Welt ist noch immer vom kapitalistischen Joch umfängen! In den Ententeländern wie in neutralen aber mehren sich die Anzeichen, daß die Arbeiterklasse nicht dauernd die wirtschaftliche Unterdrückung und Ausbeutung ertragen will. Wir haben es in Deutschland zurzeit wesentlich leichter, unsere gewerkschaftlichen und politischen Ziele zur Durchführung zu bringen, wie irgend ein anderes Land. Dazu kommen wir aber nicht, wenn Streit und Haß uns zur Ohnmacht verdammen und unsere kapitalistischen Feinde triumphieren.

Wohlan! Bedenken wir an diesem 9. November unserer eigenen Schuld. Sünden wir sie nicht bei anderen! Aber bleiben wir nicht dabei stehen, sondern erneuern wir uns. Revolutionierung der Hirne und Herzen müssen wir wollen. Nicht als Lippenbekenntnis, sondern durch tatentätige Entschlossenheit: Vereint den Kampf weiterzuführen gegen jegliche wirtschaftliche Bedrückung von innen wie von außen, vereint auch den Weg zu suchen aus dem entzweiten Zustand von heute, wo einer des anderen Feind ist und um seiner Vorteile willen die Interessen der Gesamtheit nur zu oft preisgibt.

Der 9. November war ein Anfang! Jetzt gilt es an der Fortführung des Revolutionswerks mitzuarbeiten. E. D.

Zum 9. November

... und Hälse und Hände recken sich hoch und breit,
blühende Büsche zücken zündend zusammen
über dem Graun der grauig grimmigen Zeit — — —

Aus der Tiefe schattenstürzender Gräfte,
aus dem Nebel notzweckloser Klüfte
zischen zürnende Jungen, stuchende Stammen ...

Brüden brachen prasselnd hinab,
tropfende Trümmer trieben hinauf;
über der Willkür wurmigen Grab
hellte der Himmel der Freiheit auf!

Die Aeder der Arbeit atmen im Licht der Luft,
frohlodendes Leben edert sich durch die Adollen —
der Dämmernden Kräfte werden sie sich bemuht:
aus entfernten Wurzeln dampft frisches Wollen!
Kein Högern und Regen mehr ... Ein zollendes Zeugent!
Am Herd der Entwicklung ein raschender Reigen
triefstüßiger Säfte, brandend von Brust zu Brust ...

Werräthel sind der Reife rollende Ruise,
erstakt im Frührotstrahl der Zuversicht,
auf der Verheißung Hel erwinderstufe
fault sieghafter Gerechtigkeit Gericht!

Der Anger der Entschidung leimt, und lichterloh gräbt
und greift sein grünender Laupfel in Weiten und Wände,
daß er der Welt von seiner Wonne Kunde
und wie er weiter wacker wirbt und strebt,
auf daß um Land und Meer, von Pol zu Pol,
durch alle Zonen sein Gezweig sich ranke,
auf daß der heiligen Menschlichkeit Gedanke
verwirklicht werde zu der Menschheit Wohl ...

Die Tuba der Verschuldlichkeit
läßt ihre feierlichen Donner teilen —

... und Hälse und Hände recken sich hoch und breit,
blühende Büsche zücken zündend zusammen,
über dem Grab der grauig gramvollen Zeit
metern der Auferweckung flutende Flammen.

Auf Plätzen und Straßen staut sich ein brodelnd Gedränge!
Der Hohn der Freiheit schmolz den Frost der Nacht,
der Leuzgeist der Erfüllung ist entsacht,
sein starker Flügel Schlag beraucht die Menge ...

Des Kreuzes heiliges Symbol beschreibend
erhebt der Volkstrüben jetzt seine Stimme,
Begeisterung leibt ihm der Schönheit Sprache:

Proletarier! Brüder!

Der ungeheure Völkerrkrieg hat unser ebendem blühendes Vaterland in ein jämmerliches
Wracl verwandelt. ... Aber das Wracl muß wieder flottgemacht werden, den drohenden
Stürmen auf hoher See erneut zu trotzen! Wir müssen's wagen, wollen wir nicht
gänzlich verderben. Die gewissenlose Dynastie ist gestürzt. — Das Volk ist befreit und soll
sich selbst regieren! — Die freie sozialistische Republik ist unser Ziel. Den Weg dahin haben
wir heute betreten. „Vorwärts“ heißt die Parole! Zur Wiedergeburt! Voll Zuversicht mit
Mut und Tat bereit, zu schaffen und zu helfen, wo es gilt! — Es wird gewiß ein
dornenvoll mühsamer Weg; allein — das Schicksal heißt der Prüfung Wehent!
Kein Blutergießen! Darous blüht nicht Heil! Der Reaktion haklauernde Dämonen sind
nicht durch hundert Revolutionen zu bannen mit der rohen Willkür Waffen! — Be-
sonnenheit braucht es zu jedem Werke, soll ihm die Sonne der Erfüllung aufgehen! „Dem
Wohl des Einzelnen wie der Gesamtheit“ sei allzeit unser unbefleckter Anspruch,
verwirklicht durch die liebe edle Tat! Als Mensch zum Menschen schäpe jeder sich! —
So rücker auf den Reibbaum der Beglückung! Und klaren Auges schäpe in die Zukunft!
Des werdenden Geschichts und später Entel seid eingedenk! Es lebe die Republik!
Beim Geist der Wahrheit und der Menschlichkeit!

„Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern,
in keiner Not uns trennen und Gefahr!“ Walter Sturm.

Bildungsaufgaben der Gewerkschaften.

Die geistliche Eingliederung der Betriebsräte in die Vertikalfassung erweitert den Aufgabenkreis der Gewerkschaften nach zwei Richtungen. Sie haben durch die Verbindung mit den Betriebsräten über das materielle und soziale Interesse ihrer Mitglieder, das in den Tarifverträgen und den Sozialgesetzen eine bestimmte Festumgrenzung erhält, zu wachen, darüber hinaus aber durch planmäßige Schulung der Betriebsräte der Sozialisierung in die Hände zu arbeiten und über die Leitung und Förderung der bergesellschafteten Betriebe zu wachen. Die gesamten Gewerkschaften müssen aufweislich die ganze Volkswirtschaft über dem Gruppeninteresse im Auge behalten und, wo nötig, ausleitend eingreifen. Die Tätigkeit der neuen Bundesleitung wird sich von der der ehemaligen General-Kommission insofern unterscheiden, als sie komplizierter, und je mehr wir in den demokratischen Sozialstaat hineinwachsen, verantwortungsvoller gegenüber dem Volksganzen wird. Und Grenzstreitigkeiten dürfte es künftig noch in reichem Maße geben.

Je inniger der Arbeiter mittels der Betriebsräte mit seinem Gewerbe, seiner Industrie verknüpft werden soll, um so mehr ist die Schaltung tüchtiger Facharbeiter notwendig. Ja, der volle Erfolg sozialistischer Produktion wird überhaupt von einem sachgewerblich hochentwickelten Arbeiterstande abhängen. (Arbeiter im weitesten Sinne!) Die Arbeiter müssen mit der Erweiterung ihrer materiellen Rechte sachlich ein größeres Interesse am Gewerbe haben. Der technische Fortschritt und die Leistungssteigerung des Betriebes, ja eines ganzen Industriezweiges darf der Arbeiter nicht weniger am Herzen liegen wie dem Vorkriegs auf Profit aussehenden Unternehmer. Und verleiht man die Arbeiterarbeit darüber wachen, daß technische Erfindungen nicht durch lächerliche Ausschaltung erstickt werden. Die Maßnahme ist Erfinder und Beförderer von richtiger Erfinderei und kann und muß es erst recht im sozialisierten Gewerbe sein. Es sollte nicht verkommen daß Arbeiter die Maßnahmenfähigkeit ausbilden. Es darf keine Verhinderung von Volkswirtschaft und Volkswirtschaft geben; große Industrie und dringende Notwendigkeiten haben überall der Lösung und rufen die große Zahl der Arbeitslosen zum gemeinsamen Werk.

Es gilt als, soziale Einheit und sachlichen Bewußtsein überall zu pflegen. Die Gewerkschaften sind die geeigneten Stellen hierzu. Zunächst einmal müssen sie — eventuell mit Hilfe staatlicher Zuschüsse — ihre gewerkschaftlichen Betrieben zum großen allgemeinen Fortschritt ausstellen, d. h. neben dem sozialpolitischen und rein gewerkschaftlichen Teil wird die Pflege des allgemein fördernden Bodensinnes in besonderer Weise eine dringende Notwendigkeit. In einigen Verbänden, wie z. B. des Holz-, graphischen und Gärtnergewerbes wurden vielversprechende Versuche gemacht, die nur der ergebnisgemäßen Ausdehnung bedürfen. Es ist in den Nachbarländern dieser Verbände erlangen auch von autoritativer Seite beständige glänzende Ergebnisse geleistet worden.

Auch die Förderung des sachlichen guten Radnaches in Werkstätten und Fachschulen müssen sich die Gewerkschaften angelegen sein lassen. (Hier ist auch ein wichtiges Werkzugesgebiet für die Betriebsräte!) Das Fach- und Fortbildungswesen bedarf dringend der Ausgestaltung und gerade da ist es, können eingreifen. Besonders die reinen Fachschulen müssen in ständiger Beziehung zum praktischen Gewerbe stehen und beide sich gegenseitig befruchten und anregen. Viel sachfördernde Aufklärung kann auch durch Vortragsbeiträge betrieben werden. Besonders zur Kultivierung, Verbindung und Lösung der Fachkenntnis, dürfen Aufstellungen beitragen, in denen nicht die Industrie und das Gewerbe Exzentriker als ihr Werk, sondern die Arbeiter und ihre Korporationen ihre Einzel- oder gemeinsamen Schöpfungen im fördernden Wettbewerb zeigen. Zum Nutzen ganzer Berufsgruppen sollten dabei auch die hygienischen und sozialen Wirkungen bestimmter Produktionsmethoden betrauschlicht werden. Zum mindesten sollten die Gewerkschaften gerade auf diesem Gebiete aus ihrer Zurückhaltung hervortreten und zeigen, was die Masse der Arbeiter, der Kammerlosen, bedeutet.

Bildungsaufgaben gibt es für die Gewerkschaften genug. In ihrem letzten Zweck ist sie notwendig im Sinne des Sozialismus, dem doch auch die Gewerkschaften dienen wollen! (Wandener Post.)

Das sei dir unerföhren:
 Kest, tapfer allezeit
 Verdien' dir deine Sporen
 Im Dienst der Menschlichkeit!
 Mundum der Kampf aus Messer! —
 Lern' du zu jeder Frist,
 Daß Wunden heilen besser
 Als Wunden schlagen ist.

Preislosh.

Wichtige Entscheidung des Schlichtungsausschusses über die Geltung von Tarifverträgen.

In Sachsen haben sich die Stadt- und Landgemeinden zu einem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden zusammengeschlossen. Zwischen diesem Arbeitgeberverband und unierer Organisation ist im Juli ein Tarifvertrag vereinbart worden, der also gewissermaßen einen Landescharakter darstellt. Die Stadt Weissen ist ebenfalls Mitglied dieses Arbeitgeberverbandes, und somit hat auch für die sächsische Arbeiterkassette Weissen dieser Tarifvertrag.

Die Arbeiter des sächsischen Elektrizitätswerkes in Weissen aber waren anderer Ansicht. Sie erklärten, als Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes sei für sie der Tarif nicht bindend, da er ohne die Zustimmung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zustande gekommen sei. Sie stellten deshalb den Antrag, ihnen die Löhne zu zahlen, wie sie der Tarifvertrag des Metallarbeiterverbandes vorsehe. Die Stadt Weissen berief sich auf ihre Mitgliedschaft am Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden und den bestehenden Tarifvertrag.

Es kam zu einem wilden Streik im sächsischen elektrischen Werk. In einer Sitzung des Rates, an der auch der Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden teilnahm, erging man sich auf eine vorläufige Regelung; endgültig sollte der Schlichtungsausschuss entscheiden.

Am 21. Oktober war Termin vor dem Schlichtungsausschuss in Dresden. Die Vertreter des Metallarbeiterverbandes vertreteten ihren Standpunkt und erklärten, daß für sie nur ihr Tarifvertrag in Frage kommen könne. Von unserer Seite wurde darauf hingewiesen, daß im März dieses Jahres, als zum ersten Male über den Tarif in Weissen verhandelt wurde, der Verhandlungsführer Stadtbaurat Kasper an die anwesenden Mitglieder der Arbeiterkassette die Frage gerichtet wurde, ob sie den Vertreter vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband als den alleinigen Vertreter ihrer Interessen anerkennen wollten. Diese Frage wurde einstimmig mit Ja beantwortet. Heber den Verlauf der Verhandlungen über den neuen Tarif mit dem Arbeitgeberverband und über seinen Abschluß sei hier in den Verhandlungen, an denen auch die Arbeiter des Elektrizitätswerkes teilgenommen hätten, ausführlich berichtet worden. Aber in keiner Versammlung sei von den Arbeitern des Elektrizitätswerkes erklärt worden, daß sie ihre Vertretung nicht mehr im Gemeindearbeiterverband, sondern im Metallarbeiterverband erblickten. Erst im August sei ein Umdeutung eingetreten, indem den im sächsischen Elektrizitätswerk beschäftigten Mitgliedern des Gemeindearbeiterverbandes vom Vertrauensmann des Metallarbeiterverbandes die Mitgliedschaft abgenommen worden seien, um die Kollegen dem Metallarbeiterverbande zuzuführen, aber es sei uns noch immer nicht erklärt worden, daß sie mit uns nichts mehr zu tun haben wollten.

Der Schlichtungsausschuss verbandete den Spruch dahin, daß der zwischen unserem Verbands und dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden vereinbarte Tarifvertrag für alle sächsischen Arbeiter gilt, ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zum Metallarbeiterverband, daß aber zu den Löhnen für Facharbeiter Zuschläge zu vereinbaren seien.

Der Schlichtungsausschuss hat somit grundsätzlich entschieden, daß der zwischen unserem Verbands und dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden vereinbarte Tarifvertrag für alle sächsischen Arbeiter gilt, ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Gewerbe. Das ist für uns eine sehr wichtige Entscheidung. Bemerken wollen wir noch, daß der Schlichtungsausschuss dem Arbeiterausschuss des sächsischen Elektrizitätswerkes nicht eindringlich sagte, daß es nicht anständig sei, ohne erst zu verhandeln und ohne auf den Rat der Gewerkschaft zu hören, ganz einfach die Arbeit niederzulegen. Das, was sie mit ihrem wilden Streik erreicht haben, hätten sie auch erreicht, ohne zu streiken und ohne sich des Tarifbruchs schuldig zu machen!

David: Herrscht die Wahrheit! Ihr Vermögt es nicht! — Eht hier den goldenen Hied,
 Den Gottes Sonne auf den Boden malt!
 Werft, was Ihr wollt, darüber! Eure Mäntel
 Und Kruten, bis zur Höhe Gures Domes, —
 Der goldene Sonnenkralh wird drüber glänzen!
 Ihr löst die Sonne nicht und nicht die Wahrheit!
 Aus „Abbi. David“ von Karl Weller.

Internationale Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe.

Die Konferenz wurde Montag, den 20. Oktober 1919, eröffnet durch N. van Dinte, Vorsitzender der holländischen Organisation. Er dankte den Delegierten der ausländischen Organisationen für ihre Teilnahme an der Konferenz, woraus hervorgehen mag, daß sie bereit sind, die internationalen Verbindungen wiederherzustellen. Ihr kommt zusammen auf niederländischem Boden; unser Land ist nicht in den Krieg gestürzt worden und ist deshalb so geeignet, um internationale Beratungen darin abzuhalten. Verschiedene internationale Kongresse und Konferenzen haben hier schon mit gutem Erfolge getagt und ich zweifle nicht daran, daß es gelingen wird, auch hier nützliche Arbeit zu leisten. Ich wage das zu prophezeien, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse die internationale Einheit der Arbeiterschaft erzwingen. Wir wollen nicht dem Kapitalismus aufs neue eine Chance geben. Nicht die alte Gesellschaft wollen wir wieder aufbauen, sondern wir verlangen eine sozialistische Welt, worin Frieden und Gerechtigkeit herrschen werden. Das ist aber nur möglich, wenn die Arbeiter aller Länder ihre Differenzen vergessen und suchen werden nach demjenigen, was sie vereint. Auch in unseren Kreisen muß es wieder zu Einheit und Brüderlichkeit kommen. Diese Konferenz kann dafür vorbereitende Arbeiten leisten. Sie ist eine provisorische. In einer folgenden Zusammenkunft können definitive Schritte unternommen werden. Es wird jedenfalls erlaubt sein in diesen Tagen das zu sagen, was wir auf dem Herzen haben. Wir sollen aber immer dabei ins Auge fassen, daß wir zusammenwirken müssen und in einem altemerren Haus wohnen. Unser Ziel sei darauf gerichtet, zu gründen eine internationale Berufsorganisation auf der Grundlage der modernen Gewerkschaftsbewegung (Wauter Weisfall.)

Van Dinte teilt weiter mit, daß Delegierte der Schweizerorganisationen aus Deutschland, Belgien, Frankreich, Schweden und Norwegen anwesend sind. Die dänischen Delegierten werden heute abend eintreffen, die Engländer sind noch nicht anwesend, obwohl wir von ihnen wohl die Aufnahme erhalten haben, daß sie dieser Konferenz beiwohnen würden. Weiter sind anwesend Vertreter des niederländischen zentralen Angestelltenverbandes und des Verbandes der Staatsarbeiter.

Noordhoff (Zentraler niederländischer Angestelltenverband, Holland) erklärt, der Einladung zur Teilnahme an dieser Konferenz gerne gefolgt zu sein. Bis jetzt haben sich die Angestellten mit internationaler Organisation nicht beschäftigt. Die Angestellten stehen hierin den Arbeitern nach. In letzter Zeit finden aber Wanderungen statt. Aus Dänemark erhalten wir Nachrichten, daß die Angestellten sich rühren, auch in Schweden und Belgien ist dies der Fall. Die deutschsprachigen Postangestellten wollen eine Internationale des Postpersonals gründen. Damit sind wir nicht einverstanden. Wir sind hier in Holland schon weitergekommen, indem wir alle Angestellten aus den verschiedenen Zweigen der öffentlichen Betriebe in einem Verbandsorganisiert haben. Aus dem allen geht hervor, daß auch unter den Angestellten ein inter-

nationales Leben zum Vorschein tritt, und wir werden uns anstrengen, das möglichst zu fördern. Die Form jener internationalen Organisation kann in diesem Augenblicke noch nicht beschlossen werden. Wir werden aber mit Interesse die hier abgehaltenen Beratungen verfolgen und wünschen Ihnen einen guten Erfolg. (Beifall.)

Emmer (Niederländischer Verband der Staatsarbeiter) teilt mit, daß die Staatsarbeiter Hollands Anschluß bei den anderen Organisationen des Personals in öffentlichen Betrieben suchen. Sie wollen sich auch dem internationalen Verband anschließen, um mit ihren Vorgesetzten über den Grenzen in einer Organisation zu kämpfen für eine bessere Zukunft. (Beifall.)

Utroever (Belgien) dankt im Namen der Belgier und Franzosen den holländischen Genossen für die Einberufung der Konferenz. Er möchte wissen, welche Organisationen eingeladen worden sind, besonders, warum die tschechische Organisation, die früher auch dem Internationalen Sekretariat angeschlossen war, nicht vertreten ist.

Der Vorsitzende antwortet, daß weiter eingeladen worden sind: Czechei, die Schweiz und Böhmen. Nur die Schweiz hat berichtet, nicht kommen zu können; von den anderen ist keine Antwort erfolgt.

Das Bureau der Konferenz bilden N. van Dinte, J. S. Noordhoff und P. A. Tiepen nebst den Mitgliedern des Hauptvorstandes des niederländischen Verbandes der Arbeiter öffentlicher Betriebe.

Rohs erstattete dann den Bericht über die Tätigkeit des Internationalen Sekretariats seit der im Jahre 1918 in Zürich abgehaltenen internationalen Konferenz. Er legte auseinander, daß vor dem Kriege regelmäßig Material ausgetauscht wurde, welches sich bezog auf die Arbeitsbedingungen in den verschiedenen Ländern. Weiter wurde viel getan, um die internationale Organisation auszubauen. In verschiedenen Ländern hat dies zu guten Resultaten geführt. Dann aber kam der Krieg. Neue Probleme tauchten auf. Der alte Kampf richtete sich auf verhältnismäßig kleine Verbesserungen, die Feuerung hat neue Notwendigkeiten geschaffen. Die vormaligen Lohnerhöhungen mit einigen Pfennigen haben jetzt keine Bedeutung mehr. Die kollektiven Verträge haben einen progressiven Aufschwung genommen. Während des Krieges war es schwer, die internationalen Verbindungen aufrechtzuerhalten. Mehrere Briefe, die verhandelt wurden, sind nie an ihre Adresse gelangt. So z. B. ein Brief an Van Dinte über die Verhältnisse in Belgien. Was die Finanzen betrifft, so konnten alle Schulden bezahlt werden. Jetzt gibt es noch einen kleinen Bestand. Ich habe die feste Überzeugung, daß in allen Ländern der Wille existiert, unsere Organisation weiter auszubauen. Wenn wir das wollen, so dürfen wir uns nicht zu viel mit der Vergangenheit beschäftigen, sondern müssen das Auge auf die Zukunft richten. (Beifall.)

Bei der Diskussion über den Bericht fragte Vermeire

Springflut.

Zum Jahrestag der Kieler Matrosenerhebung,
dem 4. November 1919.

Einem Artikel von Bernhard Rausch entnehmen wir die nachfolgende anschauliche Schilderung: Am 4. November des vorigen Jahres fiel die Gewalt über Kiel und den Bereich der Ostsee in die Hände des Kieler Soldatenrates, des ersten Soldatenrates der deutschen Revolution. Von der Kieler Forderung aus setzte sich die Welle in Bewegung, die in den ersten Novembertagen des Vorjahres ganz Nord- und Süddeutschland überflutete und schließlich auch über den Steinmassen Berlins mit brausendem Gisch zusammenstieß.

Diese Matrosenrevolte, die den eigentlichen Anstoß zum Ausbruch der Revolution gab, hat außerhalb Kiels nicht die ihr gebührende Beachtung finden können. Dem während dort die Revolution bereits siegreich war, verbot in dem übrigen Deutschland der Kriegspressedienst alle Berichte, die nicht „amtlich“ waren. Wahrheitsgemäße „amtliche“ Berichte blieben aber aus guten Gründen aus. Als dann die Fesseln der Zensur gefallen waren, zog überall das Interesse für die eigenen Angelegenheiten den Blick vom Ausgangspunkt der Revolution ab. Um so mehr soll am Jahrestag der Revolution der schicksalsschweren Ereignisse des Vorjahres gedacht werden.

Der Aufstand bei der Flotte brach am 28. Oktober aus. In diesem Tage verhinderten die Heizer bei der Hochseeflotte vor Wilhelmshaven dreimal das Auslaufen der Schiffe, indem sie das Feuer in den Kesseln löschten. Auf einzelnen Schiffen wurden bereits Offiziere gefangen gesetzt, und nahezu wäre es auf der Tade zu einer Selbsternichtung der deutschen Flotte durch gegenseitige Beschließung gekommen.

Der Grund der Meuterei war die Weigerung der Matrosen, den angeblich geplanten gewalttätigen Vorstoß der Flotte gegen England mitzumachen, bei dem kurz vor dem Friedensschluß das Leben von 80 000 Menschen nutzlos preisgegeben werden sollte. Sie erklärten sich bereit, die deutsche Flotte gegen einen feindlichen Angriff zu verteidigen, wollten aber die sinnlose Aufopferung der Flotte nicht mitmachen. Es ist sehr wahrscheinlich, trotz des törichten Geredes abdeutscher Offiziere, daß der von den Matrosen geargwöhnte Vorstoß niemals ernstlich geplant war. Entscheidend aber war hier der feste Glaube der Matrosen, der die deutsche Kriegsführung nach all ihren Wahnsinnstenden auch dieser letzten, ungeheuerlichsten, für fähig hielt. Bezeichnend für die Gedankenrichtung der Matrosen ist folgende Stelle aus einem am 31. Oktober geschriebenen Brief:

„Möglichst hieß es, der Flottenchef will in der deutschen Bucht Jottenmanöver machen. Auf den plumpen Widsinn fiel natürlich keiner herein. Man bedachte aber auch diesen Unsinn, jetzt — mitten in der Krise — ein großes Jottenmanöver abzuhalten.“

Mitten in der Krise! — Ein Aufatmen ging damals durch das deutsche Volk. Nachdem am 5. Oktober, auf Drängen Ludendorffs, der alles verloren gab, unser Waffenstillstandsangebot erfolgt war, bröckelte Stück um Stück von der Macht des preussischen Militarismus ab, die endgültig begraben wurde, als die Regierung des Prinzen Max am 28. Oktober die Kommandogewalt des Kaisers beseitigte und Heer und Flotte unmittelbar der Reichsregierung unterstellte. Aber kaum hatten sich diese ersten Freiheitsblüten entfaltet, als schon der Schnee der Reaktion auf sie niederfiel. Die Alldeutschen entfalteten, um den Friedensbemühungen der demokratischen Regierung in den Arm zu fallen, eine wilde Agitation gegen die Regierung und zur Organisierung der natio-

(Belgien) im Namen der französischen und belgischen Organisationen, was das Internationale Sekretariat getan hat, um Protest zu erheben gegen die Deportation belgischer und französischer Arbeiter seitens der Deutschen. Redner weist darauf hin, daß nicht nur Arbeitslose deportiert worden sind, sondern auch Arbeiter, die fortwährend Beschäftigung hatten. Was ist dagegen gemacht worden?

Mohs: Das Sekretariat hat nicht etwas Spezielles dagegen getan, weil die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung dagegen protestiert hat. Die Behandlung solcher Fragen auf dieser Konferenz kann nur zur Verwirrung und zur Unannehmlichkeiten führen.

Unterbrecher (Belgien): Es ist nicht unsere Absicht, die Arbeit dieser Konferenz in Verwirrung zu bringen. Im Gegenteil, ich möchte Mohs persönlich danken für das, was er, zusammen mit den holländischen Genossen getan hat, um weiteren Ausweitung der Verwirrung zu verhindern. Wir können aber die Frage der Deportationen nicht ruhen lassen. Man hat die deportierten französischen und belgischen Arbeiter gezwungen, Sklavenerbeit zu verrichten, nachdem man zuvor unsere Industrie verachtet hatte. Das war den Vorvätern der deutschen Gewerkschaftsbewegung bekannt. Sie wissen auch, wie unsere Arbeiter in ihrem Lande behandelt wurden. Was hat der internationale Sekretär, dem von uns allen sein Amt anvertraut worden ist, getan, um dem vorzuzukommen? Und wenn er nichts getan hat, warum nicht? Wir fordern darüber Auskunft, denn die Erklärung, die Mohs jetzt abgeben hat, befriedigt uns nicht. — Redner teilt weiter mit, daß das Protokoll des Züricher Kongresses von 1913 mehrere Unannehmlichkeiten enthält. Man hat uns Worte in den Mund gelegt, die wir nicht geäußert haben und die uns in unserem Lande Schwierigkeiten verursacht haben. Mohs hat schon kriechlich anerkannt, daß unsere Beschwerden gegen das Protokoll richtig sind. Wir wünschen, daß diese Anerkennung veröffentlicht wird.

Copigneaug (Frankreich): Der Vorsitzende hat uns heute morgen eingeladen, das zu sagen, was wir aus dem Herzen haben. Wir werden es tun, ohne persönliche Vorwürfe zu machen. Ich erinnere an unsere Debatte in Zürich im Jahre 1913. Wir haben da vorgeschlagen, eine Aktion einzuleiten gegen den Chauvinismus. Alles, was darüber von uns gesprochen wurde, ist in dem Protokoll in 15 Zeilen zusammengefaßt worden. Dagegen protestieren wir, falls man später einsehender über solche Fragen schreiben sollte, würden wir uns jetzt in anderer Weise gegenüberstellen. Ich will gerne all meinen Kameraden aus allen Ländern die Hand drücken. Die Deutschen aber machen mir das schwer. Ich erinnere mich, daß die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung die bekannte Erklärung unterschrieb, die vor einigen Monaten in Amsterdam abgegeben wurde, abgelehnt hat. Mohs will über alles, was in den fünf letzten Jahren passiert ist, handeln. Das geht nicht. Schon früher waren die Deutschen so. Wie wollten sie die großen Fragen des Chauvinismus, des Militarismus und der Abhängigkeit behandeln. Das ist aber jetzt nicht mehr möglich. An einer Stelle ist es notwendig, daß wir einander vertrauen. Und das können wir nur

Deutschen gegenüber nicht, bevor sie sich nicht über diese Dinge gründlich geäußert haben. Das Internationale Sekretariat kann nicht in Berlin bleiben. Am besten wäre es, daß es nach Holland zu verleiern. Die Deutschen meinen immer, sie sollen das Sekretariat haben, weil sie die größte Anzahl Mitglieder aufweisen können. Das ist das deutsche Ziel: die Anzahl soll dominieren. Wir in Frankreich denken anders darüber. Wir legen auch Wert auf die Gedanken, die Deute. Das Sekretariat soll nicht nur korrespondieren, Vorträge empfangen und einen Jahresbericht herausgeben, sondern es soll der aktive Mittelpunkt einer großen Weltbewegung sein. Und nicht immer ist die größte Anzahl am meisten geachtet, die Leitung anzugeben. In den verschiedenen Ländern mögen die organisatorischen Aufstellungen verschieden sein. Wir müssen einverstanden sein, daß wir den Kampf führen wollen gegen den Kapitalismus. Der Friedensvertrag hat den großen Fehler, daß er bleibend Heberwinder und Heberwundene gebildet hat. Und wenn auch die Heberwinder weniger als glücklich sind, so hat der Vertrag doch einen Revanchegedanken in Europa ins Leben gerufen. Deshalb wollen wir jetzt schon besprechen, was wir unternehmen wollen gegen den Krieg der Zukunft. Die Frage des Generalstreiks gegen den Krieg taucht überall wieder auf, und ich habe die Absicht, dies auch hier wieder zur Diskussion zu stellen. Gegen seinen Irrtum werde ich doch im Herzen, auch nicht gegen die Deutschen. Wenn dem aber so bleiben soll, haben die Deutschen befriedigende Erklärungen abzugeben.

In der Kammltagssitzung waren die beiden englischen Delegierten anwesend. Die schweizerische Organisation hat ein Telegramm geschickt, worin die besten Wünsche für die Konferenz ausgesprochen werden. Levenan (England) dankt für die an die englische Delegation gerichteten Worte. Es o r m a n, Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, beifügt die Konferenz willkommen in der Stadt, in der sich der Sitz des Internationalen Gewerkschaftsbundes befindet. Alle hier abgehaltenen internationalen Konferenzen und Kongresse haben zu guten Resultaten geführt. Ich hoffe, daß dies auch mit dieser Konferenz der Fall sein wird. Mit welchem Interesse habe ich die Verammlungen von heute morgen verfolgt. Besonders die Rede Copigneaug hat mich durchs Ohr geblutet, indem sie einen sehr internationalen Geist atmete. Ich bedauere nur es, daß er behauptete, den Deutschen nicht die Schuld werden zu können. Besonders weil die deutsche Gewerkschaftsbewegung die bekannte Erklärung unterschrieben hat. Das veranlaßt mich, folgende Worte zu sagen. Seit die dem Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes der Eindruck hervorgebracht wurde, den die Internationalen der Sozialistischen Bewegung in den verschiedenen Ländern machte, hat es sich an die deutsche Gewerkschaftskommission angeschlossen mit der Bitte um eine nähere Auseinandersetzung. Diese wurde gegeben in einem anschließenden Brief von der Generalkommission, deren Brief von Paris unverständlich war. Es wird dann erklärt, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung sich nicht etwa dem Sinne der Sozialistischen Erklärung widersetzt. Es erfolgt nur Beschwerde gegen den Wortlaut einzelner Teile der Erklärung, und zwar besonders gegen

nalen Verteidigung. Da das Heer geschlagen war, blieb ihnen als letzte Hoffnung die Marine, und in wesentlichen Teilen des Marineoffizierskorps fiel die blutrünstige Kriegstreibererei der Deutschen auf nur zu fruchtbaren Boden. Kommandanten führten vor den Schiffbesatzungen aus, daß man lieber die ganze Flotte in die Luft sprengen, als sie dem Feinde ausliefern wolle. Hier aber taten sich besonders Offiziere des 3. Geschwaders hervor, bei dem dann auch die Meuterei zuerst ausbrach. Die Matrosen hatten das Auslaufen der Flotte vereitelt.

Von entscheidender Bedeutung für den weiteren Gang der Ereignisse war der Entschluß des Chefs des 3. Geschwaders, zur Beruhigung der Matrosen in den Kieler Hafen einzulaufen. Gegen die Meuterei wurde mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorgegangen. In Massen wurden sie verhaftet. Aber die Nichtverhafteten wollten ihre Kameraden nicht zur Handlung leiden lassen, die ihnen allen nach ihrer Meinung das Leben gerettet hatten. Am Freitag, den 1. November, beschloßen 200 bis 300 Matrosen, die Freilassung ihrer gefangenen Kameraden zu fordern. Die Deputationen wurden kurz abgewiesen. Am Sonntag, den 2. November, war das Gewerkschaftshaus für Versammlungen der Matrosen verboten. Die Stimmung wurde von Stunde zu Stunde hitziger, erregter. Am Abhalten von Versammlungen gehindert, kamen die Matrosen auf den Gedanken, zu demonstrieren. Und nun begann auch der Zusammenhang der Matrosenrevolte mit der revolutionären Arbeiterbewegung in Deutschland zu treten. Handzettel der Matrosen forderten die Kieler Arbeiterklasse auf, sich an einer am Sonntag, den 3. November, nachmittags 5 Uhr stattfindenden Demonstration zu beteiligen.

Der Gouverneur ließ als Gegenmaßregel Märm heranziehen, um die Soldaten in die Kasernen und auf die Schiffe zu zwingen.

Aber die Trommelwirbel und Trompetentöne, die die kenntlichsten Straßen von Kiel durchhallten, hatten jetzt nur noch die eine Wirkung, eine kräftige Agitation für die Demonstration zu entfachen.

Noch waren die Matrosen unbewaffnet, aber schon setzte sich in der Massenversammlung unter freiem Himmel spontan der Entschluß durch, die gefangenen Matrosen zu befreien. Es war ein gewaltiger Zug, der sich durch die Straßen von Kiel bewegte. Am Eingang der Feldstraße, in der das Militärgefängnis lag, suchte er auf einen Herden unter Führung eines Leutnants. Erst eine blinde Salve, dann eine starke, 8 Tote, 29 Verwundete, und der Zug stürmte auseinander. Der kommandierende Leutnant wurde niedergeschlagen. Erster und letzter Kampf des alten Regimes gegen die Revolution.

Die Ruhe war hergestellt, aber es war nur die Ruhe vor dem Sturm. Die Erregung stieg bis zur Siechthe. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei und der Gouverneur beschloßen gleichzeitig und unabhängig voneinander, die Reichsregierung um die Entlassung von Regierungsvertretern zur Beilegung des Konflikts zu bitten.

Die meutenden Matrosen aber, die saßen noch vor einer dünnen Postenlinie hatten zurückweichen müssen, saßen jetzt der Entschluß bewaffneten! Und schon am Vormittag des 4. November hatten sie 20 000 Gewehre in Händen und auch die Mehrzahl der Schiffsgelände besetzt. Damit hatten sie die Macht. Bei der Torpedo- und U-Bootsdivision wählte jede Kompagnie 4 Soldatenräte, die am Montag, den 4. November, gemeinsam tagten als erster Soldatenrat in Deutschland. Sie begannen alsbald Verhandlungen mit dem Gouverneur. Der Ton war der übliche, die Rede geschah in der dritten Person

diejenigen Teile, worin zum Ausbruch kommt, daß, falls die deutsche Arbeiterchaft gewußt hätte, was sie jetzt weiß, ihr Benehmen ein anderes gewesen wäre. Dies ist unzutreffend, weil die Tatsachen, die sich auf den Ausbruch des Krieges beziehen, noch nicht völlig bekanntgegeben worden sind. Die geheimen Archive der verschiedenen Länder sind nicht geöffnet worden. Die deutschen Arbeiter waren der Meinung, daß es sich um einen Verteidigungskrieg handelte, und ihr Benehmen war demgemäß. Hätten sie einen Generalstreik angewandt, müßten die Anträge aber, die mit Rücksicht darauf gestellt worden sind, sind immer abgelehnt worden. Die deutsche Arbeiterchaft hat allerdings protestiert gegen das Unrecht, das Belgien angetan worden ist, und gegen die dort betriebenen Unrechtsigkeiten. Das Schreiben schließt damit, noch einmal zu versichern, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung sich nicht gegen den Sinn, sondern gegen den Wortlaut etwaer ihrer Teile richtet. Sie nimmt sehr wohl aneinander, daß die Deutschen allzuviel am Worte hängen. Wir müssen aber damit einverstanden sein, daß sie sich mit dem Geiste der Sainenbischen Erklärung einig erklären und das in Belgien Geschehene verurteilen. Seid, so richtet sich Stimmen an die Delegierten, nicht nationalitätlicher als die Bourgeoisie Eurer eigenen Länder. Kapitalisten und Regierungen der erregungsführenden Länder suchen wieder Verbindung miteinander. Bald werden die Delegierten der Regierungen wieder am selben Tische sitzen, denn wahrhaftig und höfentlich werden auch Deutschland und Österreich an der Konferenz teilnehmen. Werden die Arbeiter sich dann wehren, einander die Hand zu reichen? Können beider die Anwesenden den Doh zu verzeihen und die Hände ineinander zu legen zur Förderung ihrer Interessen und zum Kampf gegen den Kapitalismus. (Beifall bei allen Delegationen.)

Dittmer (Deutschland) stellt fest, daß die ganze deutsche Gewerkschaftsbewegung die Delegationen als einen unerhörten Einbruch betrachte. Sie haben große Empörung erregt, auch in kaiserlichen Kreisen, und unmerklich ist getan worden, was nur möglich war, um dem vorzubeugen. Einige tausend Arbeiter sind dadurch von der Deportation befreit geblieben. Der Kriegszustand verhindert die deutsche Arbeiterbewegung, sich eine Kraft zu entwickeln, als sie gern getan hätte. Außerdem soll bemerkt werden, daß es in den anderen Ländern nicht besser gestellt war als in Deutschland. Niemandem ist es den Arbeitern möglich gewesen, den Krieg zu verhindern oder die Grenzen die während des Krieges betreten werden sind. Unverkennbar ist gegen die Grenz möglichst häufig protestiert worden und inwieweit die Jenseit unsere Proteste nicht gestrichen hat, sind sie in anderer Presse wiederzuerfinden. Die Presse hat aber auch eine andere Seite. Der Krieg hat ein großes Leid auch über tausende und abermals tausende deutscher Frauen und Kinder. Welche hat als Mitleid der Schwere der Verantwortung von Berlin zu in der Konferenz für die Grenzschützer und nicht noch heute jeden Tag die schrecklichen Kolben für die Kinder, wenn die Hungerkinder gequält hat. Wir tragen aber nicht unsere brüderlichen, französischen oder englischen Mannern an, weil sie dieses Leid nicht zu verhindern gesucht haben. Auch was in England, Frankreich und Spanien geschieht, die fortwährende Unterdrückung des Kapitalismus und des Verleumdungsrechtes.

Und doch hat sich der Selbsterrat bereits die unumschränkte Macht über Kiel und den Kriegshafen.

Friedlich war Kiel erst eine Ode in einem noch ruhigen Deutschland. Die revolutionären Matrosen brauchten Hilfe. In erster Linie die moralische Unterstützung der Arbeiterchaft. Die Führer der Parteien bekümmerten deshalb die Leitungen beider sozialistischer Parteien, ihnen zu helfen. Diesen war durch den Matrosenaufstand ein solches Geschenk unerwartet und — ohne ihr Zutun — in den Schoß gefallen. Unverkennlich wird die Mittagsstunde des 4. November bleiben, in der warme Händedrucke den ersten Bund zwischen Arbeitern und Soldaten in Deutschland besiegelten. Sie überbrüdten auch zunächst die Kluft zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen. Beide bildeten paritätisch den Kieler Arbeiterrat, gleichfalls den ersten in Deutschland!

Am Abend des 4. November trafen der damalige Staatssekretär Hausmann und Roske in Kiel ein. Dieser, von den Matrosen fürnehmlich begrüßt, trat sofort in den Mittelpunkt der Bewegung.

Am Montag abend wurden die Verhandlungen mit dem Gouverneur in Gegenwart von Hausmann und Roske fortgesetzt. Da aber an jenem entscheidenden 4. November den alten Machthabern alle Gewalt aus den Händen gealtert war, waren die demwürdigen Verhandlungen für sie nichts als ein schrittweises aber ständiges Zurückweichen. Das zum Schutze des alten Regimes herbeigerufenen auswärtigen Militär mußte Kiel wieder verlassen, und schon am Montag abend räumte man Roske bereitwilligst Zimmer im Stralionsgebäude ein.

Am Dienstag, den 5. November, mehte über der Flotte, dem Kieler Rathaus und dem Schlosshurm die

beweist, wie schwer es ist, unter gewissen Umständen die Folgen des Kapitalismus und des Militarismus zu beizugehen. Copigneaux jagte, er wolle hier kein Spielverberber sein. Er hat mir auch bereits die Hand gedrückt und wir freuen uns darüber. Was den Chauvinismus betrifft, so haben wir nach diejenigen Umständen wie an der Züricher Konferenz von 1913, wo allgemein die Erklärung unterzeichnet wurde, daß mit dem Chauvinismus kein politisches Spiel getrieben werden dürfe. Der Vorsitzende Grenlich hat dort ohne Widerspruch erklärt, daß alle Anwesenden für Abtattung und gegen den Militarismus waren. Weiter wies Copigneaux darauf hin, daß nicht nur mit der Zahl, sondern auch mit dem Geiste der Teilhaber Bedienung zu tunen sei. Ich bin der gleichen Meinung, aber welcher Maßstab ist dabei anzuwenden? In einer Preisfrage hat der Pariser Kollege de Roche seine Entwürfe über unsere deutsche Organisation durchaus anerkennend ausgesprochen. Ich kenne auch die französische Bewegung eingetragenen. Sie ist nicht so sehr verschieden von der untern in ihren Zielen. Aber wir sind härter zentralisiert und bei uns kommt eine zentralisierte Meinung zumeist in einer Tat zum Ausdruck. In Frankreich erwartet man mehr von der Spontantität. Wir billigen das natürlich, erwarten aber, daß man auch unseren Standpunkt billigen wird. Die Revolution ist die Idee soll verdrängen. Wir in Deutschland haben durch die Revolution bewiesen, mit Kapitalismus und Militarismus brechen zu wollen. Aber Deutschland kann nicht allein damit fertig werden. International soll der Kampf geführt werden. Wir müssen nicht rückwärts denken, sondern vorwärts. Falls die französischen Kameraden wieder einmal zu uns kommen würden, so würden sie unsere Schwierigkeiten und Verhältnisse sehen und eine andere Meinung über uns bekommen.

Copigneaux (Frankreich) ist der Meinung, daß der Brief Lequien den Stimmen vorgelesen hat, die Sinnenhafte Erklärung zur Internationalen Gewerkschaftskonferenz völlig vernichtet. Die Rede, welche die Erklärung uns brachte, ist uns durch diesen Brief genommen worden. Wir sind wieder ebensoweit als wir waren und wissen nicht, wie es nun eigentlich mit der Sache steht. Dittmer sprach über die Verantwortlichkeit am Krieges und über die Möglichkeit, daß Maritisch die Dokumente, die sich auf den Krieg beziehen, veröffentlichten würde. Was jetzt ist davon nichts gekommen; die revolutionäre Regierung verhindert die Veröffentlichung ebensoweit wie es vor ihr die kaiserliche Regierung getan hat. In Frankreich kämpfen wir gegen die Bestimmungen des Friedensstrafrechts, das die Freiheit der Völker unterdrückt und das deutsche Proletariat vernichten will. Von Euch erwarten wir das gleiche und erlauben Euch, eine Erklärung abzugeben über Eure Einheit in die Zukunft. Aber und durchsollen die Deutschen uns mitteilen, ob sie bereit sind, ihre Regierung zu verwerfen, die Kriegsdokumente zu veröffentlichen.

Dittmer (Deutschland) erklärt im Namen der deutschen Delegation, daß man bereit ist, alles Mögliche zu tun, um die Regierung zu bewegen, sich auf den Krieg beziehenden Dokumente zu veröffentlichen. Wir werden dazu die gleichen Mittel anwenden, die von Euch in Frankreich benutzt werden, und sind bereit, gegen Kapitalismus und alle Reaktionen den Kampf zu führen, den wir hoffen in autem Ende zu bringen. (Beifall.)

rote Fahne. Die alten Fesseln waren gesprengt, und jauchzende Freude strahlte aus den Augen der kriegenden Matrosen und aller, die die endliche Befreiungstunde erlebt hatten. Aber sehr bald zeigte es sich, daß der Freudenbescher überzulustig war. Die Marine war ein komplizierter Organismus. Dadurch, daß die alte Ordnung plötzlich zerfiel, eine neue aber nicht sogleich da war, drückte ein namenloses Unheil herauszuziehen.

Die Revolution hat in den ersten Tagen, als ihr Ziel lediglich die Abwehr und die Befreiung war, sehr bald das Bild eines heillosen Durcheinanders, das zur völligen Auflösung und Anarchie zu führen schien. Indessen gelang es den führenden Personen sehr bald, Ordnung in das Ganze zu bringen.

Demnach konnten auch die politischen Parteien die neuen Machtverhältnisse ausnutzen für die Neugestaltung der Staatsordnung. Man war sich von vornherein klar darüber, daß man die Mitarbeit der Beamtenschaft nicht entbehren könnte, aber ebenso auch darüber, daß diese der Kontrolle bedürfe. Deshalb setzte man in Kiel bereits am 7. November neben die wichtigsten Staats- und Kommunalbeamten Beiräte, und der gemeinsame Arbeiter- und Soldatenrat erhielt eine Proklamation an die Bevölkerung Schleswig-Holsteins, in der die Einsetzung einer neuen provisorischen Provinzialregierung verkündet wurde.

Am Sonnabend, den 9. November, vollendete der Sieg der Arbeiter und Soldaten in Berlin, was die Kieler Matrosen begonnen hatten. Die Kieler Bewegung verschmolz mit der Erhebung im ganzen Reich zu der einen großen deutschen Revolution, die den alten deutschen Kaiserstaat endgültig und für alle Zeiten begrub.

Untroeber (Belgien) betrachtet den neuen Brief Belgiens als nicht bestehend. Hedner dankt Dittmer für die Ausführungen in Bezug auf die Deportationen. Daß aber einige Tausende von den Deportationen befreit geblieben sind, ist nicht so sehr auf den Einfluß der deutschen Arbeiterbewegung als auf den der neutralen Regierungen zurückzuführen. Auch die niederländische Gewerkschaftszentrale hat ihre volle Pflicht getan. Von den Belgiern ist in Paris gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages, welche das deutsche Proletariat treffen, protestiert worden. Hedner zieht die Möglichkeit der Züricher Protokolle in Zweifel. Wir müssen neue Wege wandern. Wir können uns nicht mehr darauf beschränken, für ein paar Pfennige Lohnerböschung und eine Stunde weniger Arbeitszeit zu kämpfen. Die Gewerkschaftsbewegung soll mitbestimmen, überall den Befreiungskampf zu beenden. Es werden Opfer fallen, auch finanzielle, aber wir sind bereit, sie zu tragen. Die Konferenz wird auf Dienstagmorgen vertagt.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Politisches.

Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium. Der § 165 der Verfassung des Deutschen Reiches sieht die Errichtung eines Wirtschaftsparlamentes, genannt Reichswirtschaftsrat, vor. Der Umfang der Tätigkeit, die Zusammensetzung usw. dieses Reichswirtschaftsrats muß in einem besonderen Gesetz festgelegt werden. Es ist deshalb ein vorläufiger Reichswirtschaftsrat vorgesehen, der aber längerer Beratungen bezüglich seiner Konstituierung bedarf. Am nun die für dieses Wirtschaftsparlament jetzt schon vorliegenden Arbeiten erledigen zu können, ist wenige Tage nach Verabschiedung der Verfassung auf Veranlassung des Reichswirtschaftsministeriums eine Arbeitsgemeinschaft erhalten hat. Für die Tätigkeit des Wirtschaftsrats gelten folgende Richtlinien: Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium setzt sich zusammen aus: Gruppe Industrie: 2 Vertretern des industriellen Unternehmertums, 2 Vertretern der industriellen Arbeiterschaft; Gruppe Handel: 1 Vertreter des Ein- und Ausführhandels, 1 Vertreter des Großhandels, 1 Vertreter der Groß-Einkaufsgesellschaft, 1 Vertreter der Arbeitnehmer des Ein- und Ausführhandels; Gruppe Landwirtschaft: 2 Vertretern der Landwirtschaft, 2 Vertretern der Landarbeiter; Gruppe Verbraucher: 1 Vertreter der Kommunalverwaltungen, 1 Vertreter der letzten Verbraucher. Für jeden Vertreter wird ein Stellvertreter bestimmt. Für die Beratung spezieller Angelegenheiten können Sachverständige aus dem betreffenden Spezialfach herangezogen werden. Der Wirtschaftsrat hat den Zweck, auf Grund selbständiger Beratung und Entschädigung die Willensäußerung der in ihn vertretenen Wirtschaftsklassen dem Reichswirtschaftsministerium gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Der beim Reichswirtschaftsministerium amtierende Diktatorische Ausschuss hat alle wichtigen wirtschaftlichen Fragen der Ein- und Ausfuhr vor der Entscheidung dem Wirtschaftsrat zur Beratung und Entschädigung zu unterbreiten. Auch kann der Wirtschaftsrat aus eigener Entscheidung zu den Fragen, die auf seinem Tätigkeitsgebiet liegen, Stellung nehmen und diese nach vorheriger Beratung mit dem Diktatorischen Ausschuss dem Reichswirtschaftsminister unterbreiten. Besteht Übereinstimmung zwischen dem Wirtschaftsrat und dem Diktatorischen Ausschuss, so bringt der Diktatorische Ausschuss den gemeinsamen Beschluß vor den Herrn Minister, dem die letzte Entscheidung zusteht. Wird eine Übereinstimmung zwischen dem Diktatorischen Ausschuss und dem Wirtschaftsrat nicht erzielt, so hat der Wirtschaftsrat das Recht, seinen Standpunkt dem Herrn Reichswirtschaftsminister unmittelbar vorzutragen, was auf Verlangen des Diktatorischen Ausschusses gemeinsam mit diesem zu geschehen hat. Bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Wirtschaftsrats ist die Ansicht der zu bezeichnenden Minderheit mindestens dem Diktatorischen Ausschuss mitzuteilen. In den öffentlichen Sitzungen des Wirtschaftsrats nimmt eine Vertretung des Reichswirtschaftsministeriums teil. Der Diktatorische Ausschuss trägt dafür Sorge, daß das notwendige Material dem Wirtschaftsrat rechtzeitig zugeht wird. Der Wirtschaftsrat wählt zur Leitung seiner Verhandlungen und Erledigung der rein geschäftlichen Angelegenheiten je einen Vorsitzenden von Arbeitgebers- und Arbeitnehmersseite, die vom Herrn Minister zu bekräftigen sind. Eine entscheidende Rolle werden auf die im Wirtschaftsrat vertretenen Gruppen im Verhältnis ihrer Vertretung im Wirtschaftsrat umgelegt. Der in den Richtlinien mehrfach genannte Diktatorische Ausschuss ist eine Arbeitsgemeinschaft, die zu gleicher Zeit mit dem Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium errichtet ist und nur aus Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums besteht. — Die Tätigkeit des Reichswirtschaftsrats hat bereits begonnen. Die Entsendung der Vertreter der Industrie erfolgt durch die Zentralarbeitsgemeinschaft. Für Handel und Landwirt-

schaft, für die Arbeitsgemeinschaften im Entstehen begriffen sind, erfolgt die Entsendung der Vertreter bis auf weiteres durch die leitenden Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer dieser Gruppen. Die bureaumäßigen Arbeiten des Wirtschaftsrats werden im Bureau der Zentralarbeitsgemeinschaft, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 130-132, erledigt. An diese Adresse sind alle für den Wirtschaftsrat bestimmten Zuschriften zu richten.

• Aus den Stadtparlamenten •

Lahr i. B. Am 28. Oktober kam endlich unsere Forderung von 3 Mk. für Arbeiter und 2 Mk. für Arbeiterinnen als Zulage zu den Tariflöhnen zur Verhandlung im Bürgerausschuß. Der Stadtrat hatte keine Stellung zu unserer Vorlage genommen, sondern dem Bürgerausschuß die Entscheidung zugedehnt. Da die Vorlage als letzter Punkt der umfangreichen Tagesordnung behandelt werden sollte, stellte unser Kollege, Stadtverordneter Steiert, den Antrag, diese als ersten Punkt zu behandeln. In der Begründung wies dann Kollege Steiert darauf hin, daß die alten Löhne zu einer Zeit beantragt wurden, in der man annahm, daß die Lebensmittelpreise usw. sinken würden. Da aber das Gegenteil eingetreten ist, sei daher die neue Forderung, die zudem den Arbeitern immer noch nicht das von der Regierung anerkannte Existenzminimum von 6000 Mk. bringen wird, als wohlbeantwortet anzusehen. Kollege Stadtverordneter Ehrlicher kritisierte die Haltung des Stadtrates, der sich um die Vorlage wie die Mägen um den heißen Brei gedrückt habe. Die Annahme der Vorlage erfolgte einstimmig. Damit haben die Gemeindefürsorge von Lahr einen bedeutenden Schritt nach vorwärts getan und ihre Löhne und doch einigermaßen denen der anderen Städte gleich. Diesen Erfolg haben sie zweifellos ihrem einmütigen und geschlossenen Zusammenhalten zu danken, darum merke es sich jeder auch für die Zukunft.

• Staatsarbeiter •

Glogau. Am 10. und 15. Oktober fanden in den Betrieben der Artilleriedepots Klautsch und Glogau Betriebsversammlungen statt, an welchen 300 bzw. 200 Personen teilnahmen. In der ersten referierte Kollege Budat, in der letzten Oberleutnant Drüll über die bevorstehenden Entlassungen in den krieglichen Betrieben. In Klautsch ist durch die Ausprobierung der Wehrleistung die Abteilung Artillerieausbildung entzweit, um Arbeitslosen Platz zu machen.

• Landstraßenwärter •

Militär und Gewerkschaft. Nachdem sich die Chauffeurwärter der Landstraßen Gewerkschaft und Götting fast vollständig unserem Verbande angeschlossen hatten, wurden von der Gauleitung in Dresden Tarifvertragsentwürfe an die Kreisvereine eingereicht. Bereits unterm 2. August ging dem Kreisvorsitzenden Götting der Entwurf an mit dem Ersuchen um baldige Verhandlungen. Als auf beständige Mahndreiben vom 9. September keine Antwort erfolgte, schrieb der Gauleiter unterm 27. September nochmals, man solle doch wenigstens antworten, es man verbindlich wolle oder nicht. Darauf erfolgte endlich die Antwort, daß sich der Kreisvorsitzende schon wiederholt mit der Frage des Tarifvertrags beschäftigt habe. Der Kreis habe aber als Mitglied des Kreisverbandes von Arbeiterkreisen die ersüßigte Stellungnahme dieses Verbandes, die in nächster Zeit erfolge, abzuwarten. Es würde aber nach Meinung des Kreisvorsitzenden wünschenswert zur Vereinbarung der Tarifbedingungen beitragen, wenn die Chauffeurwärter des Oberlausitzer Kreises dem schlesischen Verbande angegliedert würden. Es verlangt wieder einige Zeit, aber ein Verhandlungstermin wurde nicht angesetzt. Kurz entschlossen bestimmte da der Gauleiter selbst einen Termin, den 27. Oktober. Die Verhandlung fand auch statt, und zwar mit dem Kreisvorsitzenden in Gegenwart des Arbeiterausschusses. Der Kreisvorsitzende erklärte gleich zu Beginn, daß die niederschlesischen Kreise im Falle in Bezug in einer Konferenz Mitteilungen für Tarifverträge aufsuchten hätten, die von den beteiligten Kreisen eingehalten werden müßten, und er wolle sich beim Kreisvorsitzenden dafür einsetzen, daß diese Mitteilungen auch für den Oberlausitzer Kreis Geltung haben sollten. Vom Gauleiter wurde erwidert, daß wir bisher noch keine Kenntnis von diesen Mitteilungen hätten, daß wir an dessen Zusammenhang nicht interessiert hätten und uns deshalb diese Mitteilungen gar nichts angingen. Wir hätten doch selbst einen Tarifvertragsentwurf eingereicht, und über diesen müßte verhandelt werden. Der Kreisvorsitzende gab nun die Mitteilungen bekannt, mit deren erstem Punkt eigentlich jedermann einverstanden sein kann, denn er sagt nur, daß sich die Arbeitszeit nach den gesetzlichen Bestimmungen richtet und an Wochentagen der hohen Stelle mittlere Arbeitszeit sein soll. Eine glatte Selbstverständlichkeit. Nun aber kam die Lohnfrage. Da wollen diese famosen Löhner Mit-

haben einen Grundlohn von sage und schreibe vier Mark für den Tag gewährt, das noch dazu der einzelnen Art die eine Tagelohn von 2,50 bis höchstens 3,50 Mk., so daß der höchste Lohn von 7,50 Mk. für den Tag nicht überschritten werden darf. Es wurde aber sowohl vom Arbeitsausschuß wie auch vom Gewerkschaftsrat, daß abgetan keine Rede, davon kein Kunde, für Gewähr dessen zu sorgen anzufragen. Das mündliche, was wir verlangen, sei zehn Mark für den Tag. Das hielt der Arbeitsausschuß für viel zu hoch. Es sei doch ausgedrückt, daß der Arbeitsausschuß darauf einsehe. Dem uns wurde verlangt, daß der Arbeitsausschuß dem Gewerkschaftsrat seinen Vorschlag vorlege, ohne Rücksicht darauf, ob es dann vom Arbeitsausschuß bewilligt werde oder nicht. Nun zur Urlaubsforderung. Es lagen die Bestimmungen, daß Urlaub mit Lohnfortzahlung grundsätzlich nicht gewährt werden solle, die Gewerkschaftler haben doch keine Pein! Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen, Ruhe-lohn und Hinterbliebenenversorgung, ach nun, das ist doch unmöglich, so etwas anzuführen. Die Verhandlungen zeigten im allgemeinen eine sehr glatte Verhandlungsart in sozialen Fragen und es wird noch weitere Abreden bedürfen, um hier vorwärts zu kommen. Auf die Verteilung des Arbeitsausschusses kann man gekannt sein. — Immer einem etwas geringeren Stern standen die Verhandlungen in Dohrenwerda. Zunächst liegen hier die Verhandlungen nur 11 Tage nach Einreichung der Entwürfe auf sich warten. Es wurde noch wohl auf die Vorgänge Rücksicht genommen, aber nicht vollendet wurde über unseren einseitigen Entwurf. Die Löhne wurden in drei Klassen geteilt und sollen betragen für den Tag acht, neun und zehn Mark. Das bedarf allerdings noch der Zustimmung des Arbeitsausschusses, aber das einmal an der Spitze des Arbeitsausschusses gekannter Vorkenntnisse und auch der Arbeitsausschuß selber zum mindesten ist, so ist an der Zustimmung zu den verschiedenen Klassen nicht zu zweifeln. Urlaub wurde hier vereinbart nach 2 Jahren der Tage, nach 5 Jahren fünf und nach 10 Jahren acht Tage. Bei Urlauben wird der Lohn fortgezahlt und in Krankheitsfällen wird von Fall zu Fall entschieden. Ferner wurden die Bestimmungen über Lohnfortzahlung bei kurzen Arbeitsunterbrechungen noch mit einem Entwurf annehmbar. Der neue Tarif soll am 1. Oktober in Kraft treten und für die Zeit vom 1. Juli bis zum 1. Oktober werden für jeden gewerkschaftlichen Tag 2 Mk. nachgezahlt. Wenn Arbeiter auch über ihre Straße auswärts mitarbeiten, so erhalten sie für jede Stunde einen Zuschlag von 16 Pf., bei Nachtarbeiten ein Nachtzuschlag von 8 Pf. für jede Stunde. Für Lehrlinge in der Zeit von früh 6 Uhr bis abends 9 Uhr werden 8 Pf., und in der Zeit von abends 9 Uhr bis früh 6 Uhr 12 Pf. Zuschlag zum normalen Lohn gezahlt. Wenn der Gewerkschaftsrat diesen Abmachungen zustimmt, dann haben die Kollegen des Gewerkschafts einen Tarifvertrag, der zwar noch nicht alles bringt, aber doch einen wesentlichen Fortschritt bedeutet. Ein Gewerkschaftler aber möchte wir ersuchen die Tatsachen kennen, daß sie nur mit Hilfe einer starken Organisation ihre Forderungen durchsetzen können. Das müssen sich die Kollegen stets vor Augen halten.

♦ ♦ ♦ Aus unserer Bewegung ♦ ♦ ♦

Berlin. In der Generalversammlung am Freitag, den 24. Oktober, gab Kollege V. Lorenz den Geschäftsbericht vom 8. Quartal. Die Bilanzverhältnisse lag auf tariflichem Gebiet. Dem Vorstand wurde in nächster Zeit die Veranlassung der Tarifverträge folgen. Die Mitgliederzahl ist von 8.780 auf 40.001 gestiegen. Die Aufnahmeleistung ist weiter eine sehr rasche. Der zweite Vorliegende, Kollege Schöler, berichtete über die Tarifverhandlungen der Staatsarbeiter. Aus diese ist zurzeit der Posttarif beraten, er liegt der Verwaltung zur Annahme vor und wird den Mitgliedern zur Beschäftigung unterbreitet. Den Kollegenbericht erstattete Kollege Hoffmann. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse betragen 207.548,70 Mk., die Vorkasse betrug eine Einnahme von 842.197,63 Mk., die Ausgabe betrug 105.225,41 Mk., der Bestand der Vorkasse 284.520,92 Mk. Dem Kassierer wurde die Entlastung erteilt. Der Kollege Karl Albin wird als Kassier des Vorjahres ernannt. Kollege A. Poetz als Mitglied des Vorjahres ernannt. Zu Punkt 3 der Tagesordnung referierte Kollege Polenz über: "Die technische Notwendigkeit der Gewerkschaften und Staatsarbeiter". Er gab ein ausführliches Bild über diese Einrichtung und kam zu dem Resultat, daß die Gewerkschaften und Staatsarbeiter die technische Notwendigkeit abgeben müssen. Nach lebhafter Aussprache wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen: "Die Generalversammlung der Reichs-Gewerkschaften des Reichslandes der Gewerkschaften und Staatsarbeiter als Vertretung von mehr als 40.000 organisierten Gewerkschaften und Staatsarbeitern Groß-Berlins erhebt überhört ihren Protest gegen die Errichtung der Technischen Notwendigkeit und deren Congressen in die Einkünfte der Arbeiterkraft. Am besonders aber bedauert das Weichen und die Tätigkeit der Technischen Notwendigkeit eine Forderung und setzen Erwerb die Einkünfte der gewerkschaftlichen Tätigkeit der Gewerkschaften und Staatsarbeiter und damit eine Verdrängung und Behinderung des durch die Verfassung gewährtesten Sozialrechts. Die Gewerkschaften und Staatsarbeiter

Groß-Berlins sind sich ihrer Verantwortung der Allgemeinheit gegenüber wohl bewußt und haben bei ihren gewerkschaftlichen Aktionen das Wohl der Allgemeinheit niemals außer acht gelassen. Unter härtesten Entbehrungen bei niedriger Entlohnung und langer Arbeitszeit haben die Gewerkschaften und Staatsarbeiter vor und während des Kriegs ihre Pflicht erfüllt. Das Weichen der Technischen Notwendigkeit ist gegenwärtig unter die Arbeiterkraft zu tragen und die ruhige Fortentwicklung der Gewerkschaften und Staatsbetriebe damit zu fördern. Die Gewerkschaften und Staatsarbeiter Groß-Berlins aller Parteirichtungen lehnen entschieden die technische Notwendigkeit ab. Sie erwarten und verlangen von der Reichsregierung die Beachtung der in der Verfassung festgelegten Rechte der Arbeiterkraft. Die Stadtverwaltung und die Verbandsleitung werden beauftragt, alle Schritte zu unternehmen, um das schwer bedrohte Sozialrecht der Gewerkschaften und Staatsarbeiter zu schützen."

Gleichen. In der Mitgliederversammlung am 22. Oktober beschloß Kollege Käffig über den Berichtstag. Hierauf erfolgte der Klassenbericht. Die Einnahme ergab 14.106,73 Mk., die Ausgabe 102.500 Mk. Auf Rechnung der Hauptkasse wurden gezahlt an Krankenerstattung 1040,50 Mk., an Sterberenterrichtung 245 Mk., an Erwerbsunterstützung 80 Mk., der Unfallkostenbeitrag betrug am Schluß des Quartals auf 7044,23 Mk. Mitglieder waren zu verzeichnen 2006, darunter 549 weibliche. In bei werden an die Hauptkasse abgehändt 15.374,22 Mk.

Tarntstadt. In Nr. 42 der "Gewerkschaft" beratheten wir über die Verhandlung mit der Stadtverwaltung wegen der Beschäftigungsbefähigung. Der Vorschlag der Stadtverwaltung, nach dem Beschluß der Ratensabstimmung für Verkürzung 1000 Mk. für Ledige 600 Mk. und für ein Kind 200 Mk., einmalig zu den Winterbeschäftigungsartikeln zu gewähren, stieß am 9. Oktober in der Ratensabstimmung auf Widerstand. Es waren die Vertreter des Ratens, die abwartende Stellung empfahlen, bis der heftige Staatseinkauf gefast hätte. Am Abend fand nun die Stadtverordnetenversammlung statt. Gemeinsam mit Gemeinderäten versammelten sich Vertreter unserer Organisation, die Kollegen Wedel, Müß und Krey, auf dem Rathhaus und riefen von jeder Richtung Vertreter zu sich, gab die Stimmung der Versammlung zum Ausdruck und betonte, daß heute die Sache vorgenommen werden müsse. Es könne nur der Vorschlag der Stadtverwaltung in Betracht kommen. Einen ablehnenden Standpunkt bzw. Verschiebung der Vorlage nahm immer noch der Ratensvertreter ein. Nach langer Debatte fand im Plenum der Stadtregierung die Bürgermeistereivorlage Annahme. Die 300 Mk. Vorkasse im August d. J. geländen in Lösung. Die Hälfte der verbleibenden Summe wird sofort, die andere Schlußsumme am 1. Dezember d. J. ausbezahlt. Am Bürgerentscheidungsbeirat, sei darauf aufmerksam gemacht, daß die letzte Hälfte zum 1. Dezember zur Auszahlung gelangt. Es ist geradezu unverständlich, daß heute schon von gewissen Gemeinderäten ablehnend oder unwohl verstanden wird, Freile in die Arbeiterkraft zu treiben, indem allgemein gesagt wird, die letzte Hälfte ist für uns verloren. Unser Verband habe sich einziehen lassen. Die Kollegen, verbleibend, die solche Unwahrheiten aussprechen, sollen eingedankt sein, was ihnen fehlt und notat: "Gewerkschaftliche Erziehung!" Wenn erst, wie man gewerkschaftliche Kämpfe führen muß, damit ihr zu einem vernünftigen Urteil kommt!

Treoden. Am 22. Oktober starb hier unser Kollege, der Ratensmitglied Georg Härtel im Alter von 56 Jahren. Er war längere Jahre Mitglied des Reichsverbandes und Parteifunktionär. Schon zu jener Zeit, als es noch eines besonderen Rates bedurfte, sich zur Organisation zu bekennen, vertrat er die Interessen der hiesigen Arbeiter und die Parteimitglieder im besonderen an Arbeiterausschüssen sowie im Ausschuss und Vorstand der Betriebskrankenkasse. Unter besonders schwierigen Verhältnissen waltete er seines Amtes. Bei seinen engeren Verhältnisse fand er wenig Stütze. Vielmehr wurde er oft auf das gefällige belächelt. Trotzdem verlor er den Mut nicht und hielt treu zur Organisation. Wenn heute die Parteimitglieder in ihrer Arbeit organisiert sind und erträgliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben, so hat sein hiesiges Schaffen einen wesentlichen Teil dazu beigetragen. Wir werden ihm immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Essen-Nabr. In der Generalversammlung am 7. Oktober 1910 wurde von dem Kollegen C. Opp der Geschäftsbericht gelesen. Daraus ist zu entnehmen, daß der Abschluß des Tarifvertrages für die hiesigen Arbeiter mit dem Städtebund perfekt wurde. Ferner ist ein Tarif zustande gekommen für das Personal des Krankenhauses, für das Krankenkassenpersonal der Lunanenheilanstalt Döllershausen. Für das Personal des Kruppischen Krankenhauses sind die Verhandlungen im Gange. Die Gesamteinnahmen im dritten Quartal betragen 14.839,85 Mk. Die Ausgaben betragen für die Vorkasse 6514,77 Mk. Der Gesamtverdienst der Vorkasse betrug 5.065,62 Mk. Die Mitgliederzahl stand am Schluß des dritten Quartals auf 1955, davon 810 weibliche und 51 jugendliche. Den Bericht vom Verbandstag gab Kollege A. Friedberg. Kollege C. Opp gab dann noch Mitteilung über das neue Statut. Der Verband erhebt sich demnach für Essen auf 90 Pf. und der Lokalbeitrag von 80 Pf. bleibt bestehen. Zum Schluß stellte er den An-

trag, der Opposition des Verbandtages volles Vertrauen auszusprechen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Darauf gab Voriger Erlopp bekannt, daß die Stadt als Patronatsbesitzer die Summe von 750.000 Mk. bewilligt habe, der Zentralausschuß hat die Ausführung der einzelnen Tage übernommen, demnach erhalten alle verarbeiteten Arbeiter, die vor dem 1. November angefangen haben, 400 Mk., folgende 200 Mk., verarbeitete Hausangehörige 200 Mk., ledige 150 Mk., jugendliche bis 16 Jahren unter 16 Jahren 25 Mk., Mk. nach dem 1. November angefangen auf allen Tagen erhalten die Hälfte. Dieses Geld soll noch in der Woche vom 8.—11. Oktober anbezahlt werden. Von mehreren Distriktsvereinigern wurde die sofortige Auszahlung verlangt, weil man der Meinung ist, die Stadt ziehe absichtlich die Auszahlung hinaus.

Wagau. In der Versammlung der städtischen Arbeiter am 2. Oktober wurde Kollege Hudak bekannt, folgende Forderungen an den Staat zu stellen: Erhöhung des Stundenlohnes um 40 Pf. für alle Arbeiter, Regelung der Bezahlung der Arbeiterinnen im Gaswerk. Bei den gesundheitlich bedingten Arbeiten des Manufaktur- und Maschinenwerks, z. B. beim Füllereinstellen, ebenso beim Ausmengen der Gullis in der Gasanstalt, sollen noch 20 Pf. zusätzlich pro Stunde gegeben werden. Dazu soll an den genannten Verordnungen wasserführende Anlagen und dichtstehende Baumzäune gefordert werden. — Die Kollegen des Elektrizitätswerks sind nun endlich unserm Verbände angegliedert worden. Die Stundenlöhne sollen ab 1. Juli folgende sein: Frauen 1 Mk. pro Stunde, Arbeiter 1,50 Mk., Boenlampenmacher 1,00 Mk., Metzger 1,75 Mk., Betriebsführer 1,00 Mk., Maschinenführer 1,00 Mk. pro Stunde oder Monatsdurchschnittlohn von 433,40 Mk. — Die städtischen Arbeitermacher haben bis jetzt den herrschenden Monatslohn von 1000 und schreiben 1000 Mark erhalten. Nur sie werden Monatslöhne von 1500 Mk. verlangt. — Am 19. Oktober referierte Kollege Hudak bei den städtischen Arbeitern in Gabeln ebenfalls über die Beschlüsse des 8. Verbandstages. Auch hier fand das Referat bestfällige Aufnahme. In der Bewegung geht es rüstig vorwärts fort. — Die Mitglieder der Internationale Verbau, zu welcher jetzt 200 Mitglieder gehören, trafen am 4. Oktober eine Wochensammlung, ebenso die Internationale Kaufmannschaft mit ihren 50 Mitgliedern. In beiden Versammlungen referierte Kollege Hudak über den 8. Verbandstag.

Berne. Am 16. Oktober waren alle Arbeiter und Arbeiterinnen der städtischen Betriebe in den Streik. Es handelte sich nicht um Lohnforderungen noch um Streikforderungen, welche auf die Bestimmungen des kommunalen Beschlusses basieren. Die Ursache war vielmehr in dem Verhalten der Betriebsleitung der Gas- und Elektrizitätswerke zu suchen. Diese konnte sich offenbar mit der Weisung der Arbeitervereine nicht abfinden. So war von dieser Betriebsleitung z. B. schon bei Beginn des Straßenbauvertrages ein Verbot erlassen und zwar ohne Grund, denn diesen Plan mußten für 8 Wochen Lohn bezahlt werden. Dagegen wurde unter 2. Vorsitzenden erlassen, aber dieser gelang es nicht zu gelangen worden unter Vorauszahlung von 4 Wochen Lohn. Er war Mann des Ungehorsams für die Gas- und Elektrizitätswerke und man sollte ihn unter allen Umständen loswerden, denn er war den Herren unheimlich geneigt. Nun erhielt der Arbeiterausschuß, daß der Meister Heinrich Schwanitz Material zur Bezahlung des Arbeiterauschlusses sammelte. Arbeiter genehmigte hatte sich der Meister damit getraut. Die Arbeiterleitung der Gas- und Elektrizitätswerke war der festen Überzeugung, daß der Meister S. schwarze Listen führe. Einmal in diese Listen waren schwarze Listen zu nehmen wurde dem Arbeiterausschuß verweigert. Dadurch wurde der Verdacht der Arbeiter nur gestärkt. Die Arbeiterausschüßmitglieder verlangten nun die Herausgabe dieser vermeintlichen schwarzen Listen, worauf der Meister erwiderte, er würde er sie vernichten. Als nun der Meister sagte, sie sollten sich die Listen nehmen, machten sich die Ausschüßmitglieder daran und eigneten sich die Liste gewalttätig an. Die vermeintliche schwarze Liste war ein Zettelbuch, in welches der Meister gewissenhaft jeden kleinsten Vorgang aufgeschrieben notierte hatte, um den Arbeiterausschuß zu führen. Selbst über den gar nicht im Betriebe beschäftigten Arbeitergehenden hatte er sich Notizen gemacht. Nach diesen Vorgängen erfolgte die sofortige Entlassung des Arbeiterausschlusses, und da der Arbeiterausschuß bei diesen Vorgängen zugegen war, wurde auch er entlassen, und zwar dem Oberbürgermeister persönlich. Als Antwort darauf traten sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik. In einer öffentlichen Versammlung, welche am 12. Oktober tagte, erklärte Genosse Reising, daß er mit den Vertretern der Stadtverwaltung verhandelt habe, die Wiederinstellung der Entlassenen aber nicht habe erreichen können. Das Vorhaben des Arbeiterausschlusses könne man nicht aufheben, wohl aber verhindern, wenn man bedenke, daß die Arbeiter das berechtigt verlangen hatten zu wissen, was der Meister für Material in dieser sogenannten schwarzen Liste zusammengetragen hatte. Reiderseits, auch von der Stadtverwaltung, sei geschwiegen, denn diese hatte die Arbeiterausschüßmitglieder nicht sofort entlassen, sondern sich mit der Organisation in Verbindung setzen sollen. Durch Vermittlung der Stadtverordneten (Rechts-

sozialisten) erklärte sich dann auch die Verwaltung bereit, die Entlassenen wieder einzustellen, wenn diese ihre Klagen aus dem Streik mitzuteilen moderierten und auf eine Wiederarbeit eingewilligt. Diese Zumutung wurde von der Versammlung einstimmig abgelehnt. Am 15. wurden alle Streikenden durch Hundstreiben aufgefördert, die Arbeit anzunehmen, andernfalls sie entlassen seien. Dieser Schluß mußte nichts. Am nächsten, die Hundstreiben wurden der Verwaltung gesammelt wieder zugewandt. Am 16. versuchte man unter den Streikenden durch nachziehendes Zerkochen Arbeitsfähige zu finden.

Berne, den 16. Oktober 1919. Auf Grund der Verordnung des Generalkommandos vom 6. Oktober d. J. sind nach arbeitsfähige Personen bei Verwendung von holländischen Gewehrs- und Geschützen zur Ausführung von Volkswirtschaftsarbeiten verpflichtet sind werden Sie hiermit anzufragen, sich freiwillig freiwillig, den 17. Oktober d. J. bei Beginn der Früharbeit bei ihrer zuständigen städtischen Arbeitsstelle zur Verfügung zu stellen und Arbeitsverhältnisse zu meiden. Der Magistrat: Georg Müller.

Auch dies war ohne Erfolg. Am 16. Oktober wurde der Kreisvorsitzender Zuberlin sowohl von der Verwaltung als auch von den Streikenden um Verzicht auf die Verwendung der Werkzeuge am 17. Oktober waren erzwungen als Vertreter des Magistrats Oberbürgermeister Dr. Spörli und Pörrli, als Vertreter der Arbeiter unter Vorsitz von Kollege Widler und Kollege Reising, als Vertreter der Stadtverordnetenversammlung die Stadtverordneten Rodan und Sillig. Die Verhandlungen erzielten folgendes Resultat:

Die Arbeiterauschlüsse werden als auch der Arbeitervereine werden weiter erachtet und zwar mit vollen Rechten. Die Arbeiterleitung braucht davon eine Bestätigung der Stadtverwaltung sowie auf die Entscheidung des Reichsgerichtes. Nachregulierung dürfen nicht stattfinden. Der Arbeiterausschuß behält die gewaltsamen Verfahren auf dem Bureau des Reichsgerichtes.

Darauf wurde die Arbeit am 19. Oktober wieder aufgenommen. Welche Teile in den aus dem Streik waren. Eine Anzahl hätte schon früher eine Einigung erzielt werden können wenn sich die Verwaltung erwidert in die Lage der Arbeiter hineinschickte hätte. Denn wir sind nicht mit einem Streikenden sein können, was unter Arbeitern ein Streik ist, sondern wir können doch das Personal anstellen, das sich aufgeschlossen und aufgenommen haben hat, was auch von der Verwaltung ehest werden muß. Ob die Streikenden zu einem Streik werden wird ist in der Hand der Arbeiter, den Streik durch diesen Streik zu beenden. Wir werden hoffen, daß die Streikenden allezeit so bleiben, dann wird es mit unserer Sache auch in Zukunft in Berne nicht schlecht bestellt sein.

Lübeck. Wie schon in Nr. 40 der „Gewerkschaft“ mitgeteilt, war die lokale Unruhe mit der Norddeutschen Zeitungsgesellschaft von 40 Pf. pro Stunde an die Stadtverwaltung herangetragen. In der letzten Wochensammlung wurde die Lohnforderung der Zeitungsgesellschaft, die es nicht möglich sei, ein Lohnausgleich von 20 Pf. zu erlauben, nach einer einstimmigen Beschlusse der Arbeitervereine wurde mit großer Majorität der Streik beschlossen. Kollege Reising hat die streikenden Streikenden für 2,45 Mk. pro Stunde auf 2,25 Mk. und für ungeschulten Arbeiter auf 2,00 Mk. Der bei der Streikenden wurden 0,15 Mk. pro Stunde erzielt. Zudem wir zu diesen Streikenden unsere Forderungen hinzu, welche beim erzwungenen Streik am 20. Pf. pro Stunde bezogen, so kann gesagt werden, daß wir in Lübeck ganz Erfolge erzielt haben.

Offenbach am Main. Am 24. Oktober fand eine gut besuchte Arbeiterversammlung statt. Der Hauptbericht vom letzten Quartal 1919 wurde entgegengenommen und aufgegeben. Zum Ortsvorsitzenden wurde Kollege Schmitz mit großer Majorität gewählt. Eine längere Rede wurde gehalten über die von der Stadt geforderte Wirtschaftsbefehle. Es werden verlangt 1000 Mk. für Reparaturarbeiten und 400 Mk. für Heizung, für jedes erste und 200 Mk. und für jedes folgende 50 Mk. für alle bei der Stadt Beschäftigten, Beamte und Lehrer mit einbezogen. Von verschiedenen Rednern wurden Meinungen laut, als sei die Stadtverwaltung bestrebt, die Forderungen der Arbeitnehmern zu finden. Dies müßte unter allen Umständen verhindert werden. Die Not der städtischen Arbeiter und Beamten sei groß. Es solle wohl der Stadtverwaltung helfen, die nötigen Mittel aufzubringen, aber die Not der städtischen Arbeiter und Anwohner sei zu groß. Der Vorredner wurde beauftragt, bei der Verwaltung Schritte zu unternehmen, damit die Auszahlung der Wirtschaftsbefehle am 1. November erfolgen könne, um den Beamten die Mittel in die Hand zu geben, die sie benötigen zur notwendigen Einzahlung für den Winter. Im Schlußwort führte Kollege Reising aus: Sie haben nun einen Ortsvorsitzenden gewählt, aber glauben Sie, Sie nicht, daß Sie jetzt nicht mehr zu tun haben, sondern jeder muß mitwirken, die Sache müssen aufkommenlassen. So nur kann es vorwärts gehen zum Vorteil der Organisation.

Stuttgart. In der Mitgliederversammlung am 21. Oktober 1919 gab der Kollege Rog den Abschluß richt vom 1. Quartal. Die Einnahmen und Ausgaben für die Quartale betragen 23.635,25 Mk. für die Bilanzliste betragen die Einnahmen 31.622,78 Mk., dem-

gegenüber steht eine Ausgabe von 12 889,55 Mk., so daß ein Kasseeingang von 19 039,23 Mk. verbleibt. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Oktober 1919, darunter 429 weibliche Mitglieder. Seit 1. Oktober und nun einmütigen 120, so daß also heute der Mitgliederbestand die Zahl 3000 überschritten hat. Überaus gab Kollege Engelhardt die Wacht über den Stand der Verhandlungen über die Teuerungszuschüsse. Nach dem Beschluß der Mitteloberversammlung vom 26. September wurde der Stadtverwaltung die Forderung unterbreitet: Zunächst bei der Stadt beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen ist entsprechend der vom Staat in Aussicht genommenen Beschäftigungszuschüsse eine einmalige Teuerungszuschüsse in der Höhe von 1900 Mk. und für jedes Kind von unter 16 Jahren 240 Mk. zu gewähren. Die gleichen Sätze erhalten die Pensionäre, Witwen und Invalidenrentner $\frac{1}{2}$ dieser Summe. Aus dem gemeinsamen Verhandlungen ist zu entnehmen, daß die Stadtverwaltung bereit ist, entsprechend dieser Forderung sich dem Vorgehen des Staats bei der Gewährung einer Zuschüttungszuschüsse anzupassen. In den letzten Tagen wurde bereits schon mit der Auszahlung eines Zuschusses von 50 Proz. der geforderten Summe begonnen. Nach den bis jetzt bekannten Grunddaten sollen alle, die vor dem 1. Oktober 1915 im städtischen Dienst waren, diese Zuschüsse voll bekommen, wer vom 1. Oktober 1915 bis 31. Januar 1919, wer vom 1. Februar 1919 bis 31. Mai die Hälfte und die nach dem 31. Mai Eingetretenen $\frac{1}{4}$ der geforderten Summe bekommen. Ledige unter 22 Jahren sollen 60 Proz., solche unter 21 Jahren 40 Proz. der genannten Sätze erhalten. — Diese vorgesehene Basis der Durchführung wurde in der Diskussion bestritten und gefordert, daß die Forderung für die erst im Laufe der letzten 12 Monate in den städtischen Dienst Getretenen enger gezogen werden müsse. Die vorgesehene Sätze für ledige Arbeiter seien zu niedrig und muß mit Nachdruck verlangt werden, daß hier eine andere Regelung eintreten muß. Die Lohnkommission wird beauftragt, mit Nachdruck für diese Wünsche bei den Verhandlungen einzutreten, damit diese Karten befreit werden.

Tapiau. Die antebellische Versammlung am 19. Oktober nahm Stellung zu der Wahrung einer Stellung. Folgende Resolutionen wurden angenommen und dem Kollegen Stamer zur Weiterleitung an den Landeschutzmann übergeben: Die gesamte Arbeiterklasse nimmt einstimmig Stellung gegen die Kündigung der Kollegen H. Treb der guten Leistungen, die ihr offiziell, aus von ihren Stationsvorgesetzten ausgestellt werden ist diese Kollegen zum 1. November wegen Verletzung eines Paktens in ihrem Einverständnis werden. Ähnliche Stellungnahmen und Kollegen sollen das als Maßnahme an und verlangen, daß die Kündigung sofort rückgängig gemacht und der Kollege H. vollständige Gewährung verweigert wird, widrigenfalls die gesamte Arbeiterklasse die Arbeit niederlegt. — Zu erwähnen ist noch, daß eine Erklärung ohne jede Begründung hier Grundposition vorgenommen hat. Kollegen H. ist nun von einer Stationsvorgesetzten, die nicht Mitglied unseres Verbandes ist und offensichtlich gegen uns arbeitet, wegen Verletzung dieses Paktens gemeldet worden. Die Kollegen H. ist demnach ohne jede Unterbrechung der Anwesenheit gefordert worden. Mehrere Versammlung der letzten Zeit konnten darauf hin, daß viele davon Kenntnis bekommenen Zeit der Klamm wieder offensichtlich zu diesem bestimmt. Wir aber haben den Vorteil dadurch, daß sich seit die gesamten Arbeiter unseres Verbandes angegeschlossen haben, so daß wir jetzt endlich geschlossen dastehen.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Einigung im christlichen Lager. Wie viele Jahre hindurch vor dem Kreise bestand ein bestiger Streit zwischen der katholischen Arbeiterbewegung, Berliner Arbeiter und den sogenannten interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften (insbesondere um die Frage, ob in letzteren auch Andersgläubige als Mitglieder Aufnahme finden dürften. Diesen Streit vermittelte schließlich Papst Pius X. durch seine Enzyklika Singulari quodam zu schlichten, nach der die Andersgläubigen in den christlichen Gewerkschaften gewissermaßen geduldet wurden. Der Weltkrieg brachte diesem Streit ein jähes Ende. Der Waffenstillstand, dem man auch der Frieden folgen soll. Die Friedensverhandlungen brachen ein Einigungsprogramm zu Grunde, aus dem folgende Sätze von Interesse sind:

„Eine Gewerkschaft, die für katholische Arbeiter geplant sein soll, muß in sich schließen sein, daß sie als solche einen Mitgliederbestand bilden kann, der die gewerkschaftliche Tätigkeit auch vom Standpunkt der Religion und Moral zu beurteilen zu beschließen und dementsprechend zu handeln. Insbesondere dürfen Mitglieder nicht benachteiligt werden, wenn sie auf Grund religiöser Verpflichtungen nach dem allgemeinen maßgebenden kirchlichen Normen von Mitgliedschaften nicht aufgenommen können. — Gegen die gemeinsame Mitgliedschaften an sich ist vom Standpunkt der Religion nichts einzuwenden. Sie kann allerdings durch religiöse Umstände und Moral verwerflich werden. — Eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft ungesetzlicher Gewalt ist zu verwerfen.“

Daraus ergibt man, daß die zwar an Mitgliedern stärkere,

durch den Einfluß der Geistlichen aber an Macht stärkere Berliner Arbeiterbewegung den von demokratischen hat. Unter Titel in Nr. 42 der „Gewerkschaft“, daß die christlichen Gewerkschaften, an Paritätenselbstvertrauen setzen, wird durch den Ausgang dieses Streites nur bestätigt.

Rundschau

Zu den Kollektivabstimmungen in deutschen Reichsgebieten. Auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrages wird in Teilen Schlesiens, Ost-, Westpreußens und Oberschlesiens die Verteilung darüber befragt werden, ob sie deutsch bleiben will. Die ungeheure Bedeutung dieser Frage für die gesamte deutsche Volkswirtschaft und den deutschen Arbeiter bedarf kaum der Erwähnung. Der Verlust aller dieser Gebiete würde die Gefahr, in die der Friedensvertrag das deutsche Volk gedrungen hat, tief in unser Reich drücken. Stimmberechtigt ist nach dem Friedensvertrage: In Oberschlesien: Jede Person ohne Unterschied des Geschlechts, die bei Inkrafttreten des Friedensvertrages das 20. Lebensjahr vollendet hat und in dem ober-schlesischen Abstimmungsgebiet geboren ist bzw. dort seit einem noch festzusetzenden Zeitpunkt, der aber nicht nach dem 1. Januar 1919 liegen darf, ihren Wohnsitz hat oder von den deutschen Behörden ohne Verbehalten des Wohnsitzes in der Zone ausgewiesen worden ist. — In Ostpreußen: Jede Person ohne Unterschied des Geschlechts, die bei Inkrafttreten des Friedensvertrages das 20. Lebensjahr vollendet hat und in dem ostpreussischen Abstimmungsgebiet geboren ist oder dort seit einem noch festzusetzenden Zeitpunkt ihren Wohnsitz gehabt hat. — In Westpreußen soll sich der interalliierte Ausschuß inäquidat nach den für das ostpreussische Abstimmungsgebiet geltenden Bestimmungen richten. Es ist also zu erwarten, daß für die Abstimmungsberechtigung in Westpreußen das unter Ostpreußen Gesagte gilt. — In Schleswig: Jede Person ohne Unterschied des Geschlechts, die bei Inkrafttreten des Friedensvertrages das 20. Lebensjahr vollendet hat und in der Abstimmungszone geboren ist oder dort seit einem vor dem 1. Januar 1900 liegenden Zeitpunkt ihren Wohnsitz hat oder von den deutschen Behörden ohne Verbehalten des Wohnsitzes in der Zone ausgewiesen worden ist. — Jeder Mann, falls er außerhalb des Abstimmungsgebietes wohnt, in der Gemeinde ab, in der er geboren ist. Wer im Abstimmungsgebiet wohnt, stimmt an seinem Wohnsitz ab. Gegenpflicht jedes Abstimmungsgebietes ist es, an der Abstimmung teilzunehmen. Die Kostenfrage, die gewöhnlich, der zur Abstimmung nach einer Demat reisen will. Sogar werden wird, darf als in beiderseitiger Weise gelöst angesehen werden. Durch Sammlungen und Stimmzettel wird es möglich, für diesen Zweck Mittel heranzubringen und es kann schon jetzt in Aussicht gestellt werden, daß den zur Abstimmung Reisenden die Kosten für Fahrt und Aufenthalt erstattet werden und daß insbesondere besonders Bedürftigen ein weiterer Zuschuß gewährt wird. Von den Behörden wie von den Arbeitgebern wird erwartet, daß sie die Abstimmungs-berechtigten zur Abstimmung beurlauben und ihnen die Gehaltsrücklage für die Zeit ihrer Abwesenheit herauszahlen. Die Ermittlung der Abstimmungsberechtigten hat im schlesischen Abstimmungsgebiet durch die Tätigkeit des Teutischen Ausschußes für Schleswig-Vorpommern, Herberfeldenden 20, große Fortschritte gemacht. Ähnlich wie dort der Deutsche Ausschuß, bestehen auch für die anderen Abstimmungsgebiete private Vereinigungen, die sich die Aufgabe der Ermittlung der Abstimmungsberechtigten und ihre spätere Pflege in die Abstimmungsgebiete und zurück gestellt haben. Es sind für Oberschlesien: Vereinigte Verbände heimatischer Oberschlesier, Alte, B. Posten 18, Kaiser-Wilhelm-Platz 20; für Ostpreußen: Bezirksstelle Allenstein des ostpreussischen Heimatsbüros, Carlshof bei Marienburg; Ost; die westpreussischen Kreise: Ostpreussischer Heimatdienst Abteilung für Kollektivabstimmung in Westpreußen in Elbing; für Schleswig: Teutischer Ausschuß für Schleswig, Alsenburg, Raderböhden, Zweigstelle Berlin E. 2, Gurahr, 30; für Eupen und Namur: Vereinigte Landemannschaften für Eupen und Namur, Charlottenburg, Fasanenstraße. Mit der Ermittlung der Abstimmungsberechtigten und dem Aufruf zur Beteiligung an der Abstimmung haben sich bisher auch andere Verbände befaßt. Wir diesen ist namentlich, um Anklagen zu vermeiden, ein Uebereinkommen dahingehend getroffen worden, daß die bezeichneten Arbeiter künftig nur noch durch die obengenannten Verbände auszuführen werden. Ihnen werden die bisher von anderen Körperlichkeiten ermittelten Adressen Abstimmungsberechtigter zugeführt werden. Alle diese Verbände arbeiten im engeren Einvernehmen mit dem deutschen Schutzwort für die Grenz- und Auslandsdeutschen, Berlin NW. 50, Silesia-Verleger, der die Zentrale bildet für die Fragen der Ermittlung und Einlieferung der Stimmberechtigten an den Abstimmungsplatz. Der Deutsche Schutzwort hat ferner Unternehmungen für Oberschlesien, Ostpreußen und Westpreußen eingeleitet. Wir ergeht es als für dringend notwendig, daß unsere Gewerkschaften die Bildung der Ausschüsse im Reich, die durch die Arbeitgeber gestellt sein müssen, fordern und sich nach Möglichkeit daran beteiligen, damit alle Gewerkschaftsmittel, die Abstimmungs-berechtigten sind, richtig erfasst werden und ihre Stimme mit in die Waagschale weisen.

Die Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle Berlin, die von dem Berliner Sozialdemokraten, Stadtverordneten und Abgeordneten der Nationalversammlung Hugo Deimann auf eigene Kosten unterhalten wurde, droht einzugehen. In einer Zuschrift teilt uns Deimann mit, daß in der Ausleihsbibliothek am 24. Oktober zum letzten Male Bücher ausgegeben wurden. Weiter heißt es in dem Schreiben u. a.:

„Die Lesehalle, mit ihren 620 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung und einer Raubdruckbibliothek von 2418 Bänden, wird dem Publikum bis zum Ende des Jahres in den Abendstunden offen stehen. In den 20 Jahren ihres Bestehens sind von der Ausleihsbibliothek rund 1.300.000 Bände verliehen worden. Die Lesehalle wurde in dieser Zeit von 1.100.000 Personen benutzt. Im ganzen hätte das Institut 2.400.000 Besucher aufzuweisen. Ich muß die Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle, die ich am 26. Oktober 1899 gegründet und seitdem erhalten habe, zu meinem Bedauern schließen, weil ich infolge der veränderten Zeitverhältnisse nicht mehr in der Lage bin, das Institut weiterzuführen.“

Hier muß die Oeffentlichkeit eingreifen, um das Institut zu halten, das, wie vorstehendes Schreiben zeigt, ungeheuer viel Wissen und Velehrung an Bildungshungrige, in der Hauptstadt an Arbeiter verabreicht hat. Es wäre tief zu beklagen, wenn diese Kulturstätte fang- und fangslos verchwände.

Der Siegeszug über den Alkohol. Der Kampf gegen den Alkoholmißbrauch nimmt immer breitere Formen an. Im Ausland ist dieser Kampf mit großem Erfolg durchgeführt, als es bis vor dem Kriege in Deutschland möglich war. Ein strenges Alkoholverbot wurde in Amerika erlassen, ihm ist Norwegen gefolgt. Dort endete eine Volksabstimmung mit dem Siege der Alkoholgegner mit 110.000 Stimmen Mehrheit, bei 660.000 Stimmenthabern. „Stem-Nei“ (Stimm nein) war die fast allgemeine Abstimmungsparole in Kristiania. „Stem-Nei“ stand es auf arischen und Finnen Köpfen, auf Fensterscheiben, Hunde trugen „Stem-Nei“-Plakate, die Straßen waren überfüllt mit Alkoholhändlern, Studenten bewarpen das Publikum mit „Stem-Nei“-Steinchen. Die Frau aber ging fast lautlos zur Urne, die ihr zum erstenmal erdrossen war und — man sagt, die Frauen brachten die Entscheidung. In Amerika hat Präsident Wilson sich gegen ein Alkoholverbot ausgesprochen und erklärt, kein Geld dafür aufwenden zu wollen. Er wünschte dem Kongreß die Zurückziehung der Gesetzesvorlage. Der Kongreß hat aber trotzdem die Vorlage angenommen und wird erwartet, daß der Senat sie ebenfalls annehmen wird. Könnte man in Deutschland vielleicht freiwillig auf den Alkoholgegenüß verzichten? „Stimmt Ja!“

Steuerflucht und Depotszwang.

Neb immer Steuerbedürftigkeit
 Was an dein süßes Grab,
 Und sich von jeder Täuschlichkeit
 (Sweeds Hinterziehung) ab!

Dann bist du wie auf grünen Au'n
 Ein Nünnlein ohne Traht;
 Denn deine browen wie auch blau'n
 Banknoten nimmt der Staat.

Und siehst die nichts, s dann set
 froh,
 Weil du nichts hinterzieht!
 Erzberger blüht in dein Depot
 Welt tiefer, als du siehst.

Dem Bäsewicht wird alles schwer.
 Gleich fragt sein Auge stumm:
 Wie komm' ich um den Bankverehr
 Als Steuerbrüder 'rum?

Denn dies weicht wie'n Roher de
 brunno

Den Hinterzieherel'n:
 Es läßt ihm niemand die Coupons,
 Die abgechnitt uen ein.

Was nützt da die Wschummel-Nist?
 Sie bringt ihm nids Gewinn.
 Sein Könter Lebens Abschnitt ist
 Nur alle Zeit dahin.

Der Lind im Wald, das Paub am
 Baum

Kauscht ihm Entsetzen zu.
 Er hebt vor jedem Schuttmann, kaum
 am Stammisch hat er Nuhl!

Drum ste Steuerbedürftigkeit
 Was an dein süßes Grab!
 Die Grabschaltsteuer, sei gefeheit,
 Ist dann entsprechend knapp.
 Gottlieb.

Verbandsteil

Die dritte Konferenz für das Personal der Krankenanstalten usw. in Jena, die für den 16 und 17 November voratschen war, kann wegen der Einstellung des Personenverkehrs nicht an diesen Tagen stattfinden. Wird der Personenverkehr wieder aufgenommen, dann soll die Konferenz am 30. November und 1. Dezember stattfinden. Nähere Mitteilung folgt. Vorstehendes gilt auch für die geplante Gauleiterkonferenz. Voraussichtlicher Termin ist der 2. und 3. Dezember.
 Der Verbandsvorstand.

Nachdem der auf dem Verbandstag in Nürnberg zum Sekretär des Hauptvorstandes gewählte Kollege Julius Weich, München aus örtlichen Gründen im Einvernehmen mit dem Vorstand der Filiale

München von diesem Posten zurückgetreten ist, um die Leitung der Filiale zu behalten, haben Verbandsvorstand und Verbandsauschuß an seiner Stelle den Kollegen Cito Weder, Gauleiter in Mannheim, zum Sekretär und Mitglied des Verbandsvorstandes gewählt. (§ 37 Absatz 8 des Verbandsstatuts.) Kollege Weder hat seine Tätigkeit im Verbandsvorstand bereits aufgenommen und wird vorzugsweise die Gruppe Staatsarbeiter bearbeiten. An seiner Stelle übernimmt der Kollege Fritz Maurer, bisher Gauleiter in Brandenburg, vorläufig provisorisch die Geschäfte des Gauces Mannheim. Der bisherige Sekretär des Hauptbureaus, Kollege Marose, der die Wiederwahl zum Sekretär auf dem Verbandstag abgelehnt hat, ist aus dem Dienste des Verbandes ausgeschieden. Die Vermählungen, seine Arbeitskraft dem Verbandsverbande zu erhalten, waren fruchtlos. Kollege Marose ist seit 1. Oktober erster Geschäftsführer des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegesinterblichenen. Wir danken dem Kollegen Marose für die langjährigen Dienste, die er dem Verband geleistet hat und hoffen, daß er in der neuen Tätigkeit volle Befriedigung finden möge.

Der Verbandsvorstand.

Filiale Frankfurt a. M.

sucht zum sofortigen Antritt einen weiteren

Ortsbeamten.

Gewerber müssen Mitglied einer freien Gewerkschaft, in schriftlichen Arbeiten gerandt, rednerisch und zur Führung der Kassengehäfte befähigt sein. Den Gewerbeschreibern ist ein kurzer Lebenslauf, sowie eine Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten beizulegen.

Gewerbdungen sind mit der Aufschrift „Gewerbung“ an das Ortsbureau der Filiale Frankfurt a. M., Alleeheilgenstraße 57, 3. St., bis spätestens 15. November einzureichen.

Totenliste des Verbandes.

- Anna Batzke, Wilmersdorf
 † 28. 10. 1919, 44 Jahre alt.
- Heinrich Beiersdorf, Wismar
 Arbeiter
 † 16. 10. 1919, 58 Jahre alt.
- Johann Böhner, Plauen i. V.
 Arbeiter
 † 15. 10. 1919, 59 Jahre alt.
- Wilhelm Conrad, Berlin
 † 6. 10. 1919, 71 Jahre alt.
- Heinrich Feldkamp, Berlin
 † 29. 10. 1919, 63 Jahre alt.
- Christian Förster, Erfurt
 Beamtenleiter
 † 28. 10. 1919, 68 Jahre alt.
- Georg Geith, München
 Zigar
 † 19. 10. 1919, 54 Jahre alt.
- Richard Geilendorf, Berlin
 am 16. September 1919 im Alter
 von 37 Jahren gefallen.
- Anna Günther, Berlin
 † 24. 10. 1919, 25 Jahre alt.
- Georg Gutberlet, Frankfurt a. M.
 Zigarrenhändler
 † 21. 10. 1919, 41 Jahre alt.
- Ernst Hündrich, Solingen
 Zigarrenhändler
 † 63 Jahre alt.
- H. I. König, Frankfurt a. M.
 Vatersemanhändler
 † 24. 10. 1919, 68 Jahre alt.
- Karl Kaler, Birkach
 Gartenarbeiter
 † 16. 10. 1919, 45 Jahre alt.

- Gustav Matthes, Oberfrohna
 Gasarbeiter
 † 21. 10. 1919, 55 Jahre alt.
- Gerhard Mayer, Köln
 Arbeiter
 † 19. 10. 1919, 50 Jahre alt.
- Christian Obinger, Traunstein
 Stadt. Zimmerer
 † 23. 10. 1919, 55 Jahre alt.
- Karl Petter, Kiel
 Arbeiter
 † 24. 10. 1919, 53 Jahre alt.
- Franz Perlinger, München
 Arbeiter
 † 20. 10. 1919, 59 Jahre alt.
- Jürgen Rathmann, Kiel
 Arbeiter
 † 25. 10. 1919, 56 Jahre alt.
- Valentin Rößner, Nürnberg
 Zigarrenarbeiter
 † 24. 10. 1919, 59 Jahre alt.
- Christoph Schmid, München
 Zigarrenarbeiter
 † 20. 10. 1919, 56 Jahre alt.
- Mich. Seltz, München
 Arbeiter
 † 23. 10. 1919, 52 Jahre alt.
- Robert Selzer, Breslau
 Arbeiter
 † 15. 10. 1919, 37 Jahre alt.
- Paul Sparberth, Leipzig
 Arbeiter
 † 19. 10. 1919, 57 Jahre alt.
- Paul Wegener, Wartenberg
 † 19. 10. 1919.



Opfer des Weltkrieges:

Wilhelm Fraich, Genin
 im Jahre 1915 im Alter von
 80 Jahren gefallen.

Otto Ollson, Molsling
 im Jahre 1915 im Alter von
 41 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!